

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Bahnübergänge Trattfelderstraße und Abstallerstraße

GR. **Haberler** stellt namens von ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Haberler**: Geschätzte Kollegen! Wir haben schon vorher gesprochen über die Bahnübergänge in Straßgang und zu diesen Bahnübergängen, da irgendwie nicht so ersichtlich war, ich möchte mit Unterstützung der SPÖ, möchte die ÖVP den Herrn Stadtrat Eustacchio in diesem dringlichen Antrag bitten, dass der Gemeinderat ersucht Herrn Verkehrsstadtrat Mag.(FH) Mario Eustacchio, mit den für den Bahnübergang Trattfelderstraße und Abstallerstraße zuständigen Stellen in Kontakt zu treten und sich für deren Erhalt einzusetzen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sikora** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz nur, also der Antrag ist, glaube ich, eh so gut wie durch. Zuerst einmal danke auch, dass du diesen Antrag als dringlich eingebracht hast, weil dieses Problem ist wirklich dringlich sowohl in der Abstallerstraße als auch am Trattfelderweg oder Trattfelderstraße. Die Wichtigkeit dieses Problems hat, glaube ich, ausführlich in der Fragestunde auch schon der Kollege Haßler ausgeführt. Ich möchte vielleicht nur ganz kurz ergänzen, dass auch die Bezirksvertretungen sich da alle einig sind, dieses Problem in Angriff zu nehmen und auch für die BürgerInnen positiv zu lösen. Vor allem was ein bisschen untergegangen ist, war der Bahnübergang Abstallerstraße, dort ist ein besonders historischer Kern von Einfamilienhäusern nach dem Weltkrieg gewachsen und was die BürgerInnen eher negativ aufgreifen, ist diese Idee, also diesen Weg parallel zu führen in die Grottenhofstraße. Wer diese Verbindung kennt, es ist eine Parallelverbindung, das heißt, es wäre nicht sehr dienlich, würde man diese

Verbindung zur Grottenhofstraße da neu konzipieren, also darum, wie gesagt, noch einmal danke, dass du den Antrag gestellt hast und dass man da wirklich, glaube ich, einstimmig heute diesen Antrag bearbeiten und auch beschließen. Somit möchte ich vielleicht noch sagen, dass die KPÖ logischerweise der Dringlichkeit als auch dem Antrag die Zustimmung erteilen wird. Danke noch einmal (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Doppelt hält besser, nach dem Motto, glaube ich, ist der dringliche Antrag auf jeden Fall zu begrüßen, weil wie wir schon in der Fragestunde gehört haben, ist die Dringlichkeit jedenfalls gegeben. Ich zweifle nicht daran, dass der Stadtrat Eustacchio sich einsetzen wird, das hat er ja auch schon in meiner Fragebeantwortung klar kundgetan. Ich bin auch überzeugt davon, dass es wichtig ist, dass nicht nur er, sondern dass wir alle vom Bürgermeister abwärts uns dafür einsetzen, also ich persönlich werde mich auch versuchen, dort einzubringen wo ich die Möglichkeiten habe und das erwarte ich mir auch von allen, die da in diesem Gemeinderat vertreten sind und ich glaube, wenn wir das durchziehen, dann werde wir vielleicht auch Erfolg haben. Was aus meiner Sicht nicht geht, ist das, was der eisenbahnrechtliche Sachverständige dort vorgeschlagen hat. Ich habe das inzwischen durchgelesen, nämlich die Verbindung auf der Ostseite als Alternative, denn dort ist ja diese 110-kV-Leitung in einem Meter Tiefe oder eineinhalb Meter Tiefe verlegt und es sind dort sehr starke magnetische Felder, die vor allem für Kinder noch gefährlicher sind, weil je näher man sozusagen bei diesem Kabeltrog ist, desto größer ist diese Strahlenbelastung und ich glaube, dass der das wahrscheinlich gar nicht gewusst hat oder nicht berücksichtigt hat und darauf sollte man auch in der Einwendung auf diesen Bescheid dann Rücksicht nehmen. Wenn das beschlossen werden würde, glaube ich, wäre es auf jeden Fall eine schwierige Situation, weil die Umwege teilweise bis zu einem Kilometer sein können und vor allem die Schüler, die dort sehr stark diesen Weg nutzen, da besteht die große

Gefahr, dass dann die Situation dort noch viel gefährlicher wird, weil viele werden es einfach abkürzen und trotzdem drüber gehen und dann haben wir einen jetzt angeblich nicht sicheren Übergang noch unsicherer gemacht und in dem Sinne hoffe ich, dass wir alle zusammenhalten und dann ein positives Ergebnis schaffen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Nur ganz kurz. Kann an die Vorredner in diesem Sinne anschließen und ich bedanke mich auch beim Antragsteller, beim Stefan Haberler, dass er den Übergang Abstallerstraße mit in den Antrag aufgenommen hat. Gerade vor wenigen Wochen ist die Mobilitätserhebung für die Grazer Bevölkerung 2013 präsentiert worden, die uns ja nicht nur tolle Entwicklungen signalisiert im Vergleich zu den früheren Mobilitätserhebungen 2008 etwa, sondern gewisse Rückgänge bei Fahrradfahrten zum Beispiel und Stagnation bei FußgängerInnenwegen. Dafür nehmen in der Länge und in der Häufigkeit Autofahrten und Automitfahren zu. Eine interessante Erkenntnis aus dieser Mobilitätserhebung ist auch das, dass Kinder und junge Menschen sehr häufig MitfahrerInnen von Automobilen sind. Wir reden sehr oft von der Stadt der kurzen Wege von fußläufiger Erreichbarkeit, versuchen auch bei Bebauungsplangebieten usw. die Durchwegung sicherzustellen für Fuß- und Radverkehr und hier wäre es, und da bin ich sehr dankbar, dass in der Fragestunde schon die Bereitschaft des Herrn Stadtrat signalisiert worden ist, wenn man hier diese Durchwegung für die vielen Menschen, die dort unterwegs sind, es ist im Vorfeld schon gesagt worden, Kinder, Schüler, auch Erwachsene, wenn das weiterhin sichergestellt werden könnte. In diesem Sinne unsere volle Unterstützung und die Zustimmung.

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller Stefan Haberler! Ja, einen Antrag, und du hast ja aufgepasst in der Fragestunde, den bedarf es jetzt nicht mehr, es ist obsolet, wie es so schön heißt, es ist ein laufendes Verfahren, wo sich die Stadt dagegen wehrt. Die Erstversion war sowieso ein bisschen wunderlich, da hat er sich nur für den Bahnübergang Traffelderstraße stark gemacht, da ist die Abstallerstraße leider durchgefallen, also da betone ich noch einmal, wir Freiheitliche setzen uns natürlich für den Erhalt von beiden Bahnübergängen ein (*Applaus FPÖ*). Eben, es bedarf dieser Übergänge, bin sogar selbst Betroffener, weil ich Nachbar bin, das ist natürlich ein notwendiger Übergang, aber ihr wolltet eine Wiederholung, also wie gesagt, man darf noch einmal ausführen, die Stadt Graz hat sich bereits beim Anfang dieser Verhandlungen für die Aufrechterhaltung eben beider Übergänge und die Sicherung mittels Schrankenanlagen ausgesprochen. Für die weiteren Rechtsmittel warten wir eben jetzt bei der Landesbehörde auf den Bescheid der Abstallerstraße, dann ist der Stadtrat dran, sofort die Rechtsmittel zu ergreifen, beim Übergang Traffelderstraße wissen wir überhaupt noch nicht, was die GKB plant, deshalb gibt es da auch intern im Magistrat und in den Abteilungen keine Unterlagen. Der Herr Stadtrat bemüht sich selbstverständlich, dass die Übergänge kommen und die Sicherung, beide natürlich, wir arbeiten daran. Also, wie gesagt, der Antrag ist eigentlich zurückzuziehen, eine Anmerkung fällt mir auch noch ein, da müsste man auch einmal über die Parteien gesamt reden mit der Magistratsdirektion, ob diese Anträge überhaupt noch Sinn machen, dass die dann zugelassen werden bei laufenden Verfahren, die ohnehin passieren, wo die Ämter schon dran sind, nur dass ein paar Gemeinderäte hier noch einmal herausgehen können und das zum zweiten Mal durchkauen, ist eigentlich unsinnig und da sollten wir uns auch einmal darüber unterhalten, ob solche Anträge Sinn machen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Nachdem ich vorher so kurz war, rede ich jetzt ein bisschen länger vielleicht. Danke für die breite Unterstützung. Natürlich weiß ich, dass es schon einmal durchgekaut wurde heute, nur das ist ein ganz ein wichtiger Punkt und mich freut es auch, dass der Herr Stadtrat da so emsig dahinter ist und wir werden uns, glaube ich, darüber freuen, dass wir dann den Worten auch die Taten folgen sehen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Aufwertung des wichtigen gesellschaftlichen Einsatzes als Pflegeeltern

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** stellt namens von ÖVP, KPÖ und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich habe mir erlaubt, diesen Antrag einzubringen und zwar aus mehreren Gründen. Leider können viele Kinder nicht, aus den unterschiedlichsten Gründen, auch zu Hause begleitet werden und gut aufwachsen in ihrem familiären Umfeld, deswegen bedarf es auch von Pflegeelternplätze und Jugendwohngemeinschaften, um diesen Bedarf dann auch abzudecken. Jetzt ist es so, dass es bereits einige Pflegeeltern gibt. Pflegeeltern, hören wir auch von der Frau Vizebürgermeisterin, werden immer wieder gesucht, dass es auch noch weitere gibt, damit Pflegeelternplätze zur Verfügung stehen. Jetzt wissen wir, dass es einige Erwachsene gibt, teilweise auch

Familien, wo die Kinder schon erwachsen sind, die durchaus bereit wären, anstatt ins Erwerbsleben wieder einzutreten, auch als Pflegeeltern zur Verfügung zu stehen. Allerdings ist es natürlich auch immer so eine Sache, wie ist das dann auch finanzierbar und aus diesem Grund würden wir es sehr, sehr gut finden, wenn es eine gute Wertschätzung auch finanziell für Pflegeeltern gibt, weil man in eine absolute Win-Win-Situation kommt, es würde eine Wertschätzung der wichtigen Aufgabe der Pflegeelternschaft geben auf der einen Seite und natürlich auch die Möglichkeit, dass Kinder in einem guten sozialen Umfeld groß werden können, damit auch in einem anderen sozialen Umfeld vielleicht sind auch, wo sie herkommen und damit gute Chancen für ihre weitere Zukunft haben.

Und aus diesem Grund darf ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

namens der ÖVP stellen, der bereits unterstützt wird eben von KPÖ und SPÖ: Der Grazer Gemeinderat möge beschließen, an den Landesgesetzgeber mit dem Ersuchen heranzutreten, ein System zu entwickeln, das noch mehr Kindern, die nicht zuhause untergebracht werden können, eine gute Heimat bietet und den Pflegeeltern eine wertschätzende finanzielle Würdigung sicherstellt (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich darf dazusagen, ich freue mich als zuständige Jugend- und Familienstadträtin ganz besonders, dass dieser Antrag auch heute eingebracht wird, heute ist der internationale Tag der Familie. Ist ein schönes Zeichen, dass wir heute diesen Antrag zur Abstimmung bringen. Ich darf jetzt Frau Kollegin Taberhofer um ihre Wortmeldung ersuchen und darf anfügen, dass wir keine

Abstimmung über die Dringlichkeit durchführen müssen, nachdem die Unterstützung dieses Antrages bereits jetzt breit genug ist.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Gerne unterstützen wir als KPÖ den Antrag, weil das ein ganz, ganz wichtiges Thema ist und es ist so, dass wir von der KPÖ auf Landesebene ab 2006 immer wieder in diese Richtung auch Initiativen gesetzt haben. Auch mit dem Ziel einer Absicherung, einer sozialversicherungsrechtlichen Absicherung und auch andere Kriterien, aber es ist aus unserer Sicht absolut erforderlich, dass man eine weitere Offensive im Hinblick darauf setzt, mehr Pflegeeltern auch noch zu gewinnen, da gibt es auf Stadtebene ja auch schon einzelne Überlegungen und auch schon Plakate in diese Richtung und es ist für Kinder auf alle Fälle irgendwie sehr gut, wenn da verbesserte Bedingungen auch gegeben sind und der Bedarf ist sicher sehr groß. Es gibt nur eine Schätzung, die ist aber schon aus dem Jahr 2012, das ungefähr 300 Kinder, also für 300 Kinder zirka Pflegeeltern zu suchen wären, das kann sich statistisch mittlerweile auch verändert haben. Auf alle Fälle ist es ganz wichtig, wir stimmen dem gerne zu und entsprechend Pflegeeltern und der Vielfalt muss man natürlich auch hervorheben, dass da natürlich auch Verpartnerte im selben Maße als Pflegeeltern in Betracht gezogen werden sollen und müssen. Also auf alle Fälle sehr begrüßenswert und die Finanzierung muss natürlich perspektivisch auch sichergestellt werden. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Wir werden dem auch unsere Zustimmung geben. Bin nur vorher noch nicht dazugekommen, dir das direkt zu sagen. Mit zwei Anmerkungen dazu, einerseits eines hast du, Ulli, auch schon gesagt, dass es uns wichtig ist, dass da ja

auch durch dich, Martina, gefördert wird, dass es für gleichgeschlechtliche Pflegeeltern genauso möglich ist und die zweite Bemerkung ist, dass ich auch hoffe, dass ihr euren Einfluss auf der Bundesebene geltend macht, damit die jetzt gerade diskutierte Lösung, dass die sowohl von der Familienministerin befürwortet wird und von Sozialminister Hundstorfer ja schon für das nächste Halbjahr in Aussicht gestellt wird, dass nämlich die Karenzmöglichkeit für Pflegeeltern, und das auch wieder unabhängig von der sexuellen Orientierung, jetzt wirklich sehr bald eingeführt wird, damit diese Form von Familienunterstützung gleichgestellt ist den anderen Familien. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Ja, wir Freiheitlichen stimmen diesem Antrag natürlich auch zu, denn Wertschätzung und Anerkennung ist für Pflegeeltern etwas sehr Wichtiges. Denn Kinder, alle Kinder brauchen geregelte, familiäre Verhältnisse, Verständnis und vor allem sehr viel Geduld. Auf jeden Fall ist das eine sehr wichtige Familienarbeit, die gewürdigt gehört. Anerkennung ist notwendig, aber sie kann ein geregeltes Einkommen nicht ersetzen unserer Meinung nach, denn Geld sollte nicht die Motivation für so eine wichtige Aufgabe sein und zusätzlich würde es auch Familien und Pflegefamilien unterscheiden. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich möchte auch noch ein paar Worte dazu sagen inhaltlich. Frau Gemeinderätin Schönbacher, ich glaube, dass es da jetzt nicht darum geht, dass wir da einen Job schaffen, wo die Menschen sich eine goldene Nase verdienen. Aber dass Pflegeeltern in der Vergangenheit viel zu wenig bekommen haben, die haben eine sogenannte Gnadenpension bekommen, ich denke, wir geben auch sonst Geld für stationäre Einrichtungen aus, wir geben Geld generell für die

Jugendwohlfahrt aus, da muss diese gesellschaftlich sehr, sehr wertvolle Aufgabe einer Pflegeelternschaft wirklich auch besser abgesichert sein, besser entlohnt sein. Viele Frauen und Männer übernehmen Pflegekinder und sind dadurch so eingespannt, dass sie einfach keinem anderen Job nachgehen können, das heißt, die haben gar keine anderen Möglichkeiten, noch zusätzliches Geld zu verdienen. Mit unserer Offensive sind wir relativ erfolgreich, sehr erfolgreich für den finanziellen Aufwand, den diese Offensive bisher bedeutet hat, wir haben auf großflächige Werbung verzichtet, wir haben sehr gezielt bei Kinderbetreuungseinrichtungen, bei Arztpraxen Werbung gemacht mit kleinen Plakaten, wir haben Informationsfolder produziert, um, wie schon angesprochen, Informationslücken zu schließen, einerseits klar zu kommunizieren, man braucht selbst kein Kind zu haben, um eine Pflegeelternschaft zu übernehmen, man muss in keiner Partnerschaft leben, man kann auch als alleinerziehende oder alleinstehende Person eine Pflegeelternschaft beantragen und man kann natürlich auch als homosexuelles Pärchen eine Pflegeelternschaft übernehmen. Diese Informationsoffensive läuft sehr, sehr gut, wir konnten die Zahl von knapp 30 %, die wir in Graz unterbringen konnten, jetzt schon auf 40 % erhöhen, das heißt, 40 % der Kinder in Graz können auch in Graz durch Pflegeeltern versorgt werden. Mein Ziel lautet natürlich, die 100 % zu erreichen, das ist ein langer Weg, das braucht viel Überzeugungsarbeit, das braucht aber auch viele Unterstützerinnen und Unterstützer und ich darf Sie alle einladen, auch die Informationsbroschüren, die Werbematerialien zu verbreiten, gut Werbung dafür zu machen für diese Streumittel beziehungsweise für nähere Informationen steht Ihnen natürlich das Jugendamt, der beziehungsweise natürlich auch mein politisches Büro sehr, sehr gerne zur Verfügung (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Ich darf mich noch einmal bedanken für die schon signalisierte breite Zustimmung und eigentlich noch einmal das unterstreichen, was auch die

Vorrednerinnen dazu gesagt haben, es ist wirklich eine wichtige wertschätzende Tätigkeit für unsere Kinder und Jugendlichen und vielleicht gibt es auch die eine oder den anderen, der sich vielleicht auch bereit erklärt, sich als Pflegeeltern zur Verfügung zu stellen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Maßnahmen zur Lärmbekämpfung

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Lärmbekämpfung, eine heikle kritische Angelegenheit, nicht nur mir ist ein sehr wichtiges Anliegen. Daher, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Damen und Herren! Der 30. April, also der „Tag gegen Lärm“, der liegt noch nicht so lange zurück und das Jahr 2015, das möglicherweise zum Jahr der Lärmbekämpfung, zur Lärmbekämpfung ausgerufen wird, kommt daher. Zum Thema Lärm daher Folgendes: Es gibt zahllose Studien, die den Lärm als Krankheitsfaktor ausweisen. Der dem Lärm ausgesetzte Mensch wird zum Patienten und in dem Zusammenhang entstehen nicht nur Probleme, sondern auch Kosten ganz zweifelsohne. Lärm gilt neben der Luftverschmutzung als zweitgrößtes umweltbedingtes Gesundheitsrisiko. Dem Lärm sind wir in vielerlei Hinsicht ausgeliefert, was auch die diversen Zuständigkeitsbereiche erklärt, und demzufolge gibt es auch so große Schwierigkeiten, die Lärmproblematik in den Griff zu bekommen. Laut telefonischer Auskunft des Veranstaltungsreferates gibt es neben den fix eingerichteten Lärmmessgeräten am Hauptplatz, am Karmeliterplatz und am Tummelplatz, wobei der Karmeliterplatz seit September 2011 nicht aktiv ist, bei der Bau- und

Anlagenbehörde ein zusätzliches mobiles Lärmmessgerät. Dieses Gerät kann leider nicht zum Einsatz kommen, da weder Personal zur Bedienung vorgesehen ist noch zusätzliche Überstunden in dem Zusammenhang bezahlt werden.

Ergeht also beispielsweise während einer zu lauten Veranstaltung eine Anzeige bei der Polizei, so kann diese gar nicht selber messen, sondern müsste erst um Überprüfung ersuchen, was unter den gegebenen Umständen aber unrealistisch ist.

Der Kleinen Zeitung vom 7. April 2014, online, entnehmen wir, dass auch unser Herr Bürgermeister das Lärm-Thema mit seinen erdrückenden Auswirkungen im Auge hat, indem er für das kommende Jahr, eben wie ich eingangs schon gemeint habe, jetzt die Frage stellt: „Wie können wir in Zeiten wie diesen Graz leiser machen?“ und daran knüpfe ich, werte Damen und Herren auch meine Hoffnungen.

In diesem Zusammenhang sei auch noch auf die bestehende Immissionsschutzverordnung der Stadt Graz aus dem Jahre 1998 hingewiesen, welche mit Sicherheit zu überholen, zu präzisieren beziehungsweise zu verschärfen ist, denn den vom Lärm betroffenen Menschen wird es sehr, sehr schwer gemacht, für die Ruhe, die jedem zusteht, überhaupt nur einzutreten, geschweige denn die zu erfechten.

Daher mein

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Immissionsschutzverordnung zum Schutz gegen Lärm und damit zum Schutze der Bevölkerung als eine Grundlage der Stadt soll durch die zuständige Behörde im Sinne des Motivenberichtes überarbeitet werden.

2. Es ist zu prüfen, ob beziehungsweise wie die notwendigen Ressourcen geschaffen werden können, um eine regelmäßige Überprüfung von Veranstaltungslärm im öffentlichen Raum gewährleisten zu können. Außerdem sind Überlegungen anzustellen, wie eine unmittelbare Lärmüberprüfung im Anlassfall, also zum Beispiel bei polizeilicher Anzeige, ermöglicht werden kann, um Verstöße entsprechend ahnden zu können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Ihre Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Hohensinner, MBA, übernimmt um 16.35 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, liebe Kollegin Heinrichs, liebe Elke! Ich darf dazu die offizielle Stellungnahme des Amtes der Bau- und Anlagenbehörde verlesen, die lautet: Ende 2012 ist das neue Steiermärkische Veranstaltungsgesetz 2012 in Kraft getreten, womit neben einigen gravierenden inhaltlichen Änderungen zum alten Veranstaltungsgesetz vor allem die Kompetenzen von der Landespolizeidirektion zum Magistrat Graz verschoben wurden. Es musste daher für die Abwicklung der zirka 3600 pro Jahr stattfindenden Veranstaltungen jeder Art ein eigenes Referat eingerichtet werden, welches der Bau- und Anlagenbehörde zugeteilt wurde. Allein an Personalkosten fielen dadurch schlagartig zirka 300.000 Euro an, ohne dass vom Land Steiermark eine Unterstützung erfolgt ist. Der Landespolizeidirektion fallen nach diesem Gesetz nur mehr Überwachungstätigkeiten zu. Trotz des noch sehr jungen Gesetzes und der noch fehlenden Veranstaltungssicherheitsverordnung funktioniert das Zusammenspiel hinsichtlich Überprüfung, Anzeige und Strafmaßnahmen zwischen Magistrat Graz und der LPD aber sehr gut. Auch hinsichtlich von Lärmkontrollen wurde bereits die

Vorgehensweise besprochen, dafür wird der in der Bau- und Anlagenbehörde aufliegende geeichte und kalibrierte Schallpegelmessgerät verwendet, welcher bereits seit langem für die Überprüfung von gastgewerblichen Betriebsanlagen, zum Beispiel erst letzte Woche im Uni-Viertel, Café Rosenhain, Café Hilmteich, diverse Lokale in der Griesgasse, im Einsatz ist und war und von einer eigens ausgebildeten Referentin bedient wurde und wird. Bis jetzt erfolgen alle Überprüfungen von den jeweiligen Referenten selbst gegen Überstundenverrechnung im Rahmen der vorhandenen budgetären Mittel, die sich auf zirka 15.000 Euro im Jahr belaufen. Stadtrat Eustacchio hat in diesem Zusammenhang aber bereits ein Projekt laufen, in dem die Bündelungen aller notwendigen Kontrollen geprüft werden. Abschließend wird angemerkt, dass bislang in der Bau- und Anlagenbehörde nur vier Lärmbeschwerden eingelangt sind, wobei der Großteil davon, sofern man bei so wenigen Beschwerden überhaupt davon reden kann, aus der Sackstraße kommt. Anrainern kommt nach dem Steiermärkischen Veranstaltungsgesetz jedoch keine Parteienstellung zu. Zum Vorwurf der nicht bezahlten Überstunden haben wir eine Statistik vom Amt bekommen. Im Jahr 2013 wurden 500 Überstunden, bezahlte Überstunden, gemacht, die eben Überwachung, Nachkontrolle und Strafbearbeitung beinhalteten und heuer im ersten Quartal sind es schon rund 135 Stunden, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich möchte kurz zur Dringlichkeit reden und auch entsprechend kurz. Selbstverständlich ist Lärm ein großes Problem, da gehört hingeschaut, das ist eines der wesentlichen... bei der Lebensqualität ein großes Problem und deswegen müssen wir da hinschauen. Für die Dringlichkeit, zum Inhalt werde ich mich noch einmal melden, manche Dinge sehen wir leicht anders, aber es ist ganz wichtig, da hinzuschauen, ich werde vielleicht einen Zusatzantrag einbringen, sofern die

Dringlichkeit durchgeht. Aber warten wir dieses einmal ab, Unterstützung für die Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Wo wir nicht ganz sicher sind in diesem Zusammenhang, ist der Hinweis auf die Immissionsschutzverordnung, weil eigentlich geht es ja sehr stark um Lärm von Veranstaltungen im Antrag, die Immissionsschutzverordnung bezieht sich aber viel stärker auf Lärm von Nachbarn. Nach unserem Erkenntnisstand, der muss nicht richtig sein, aber höchstwahrscheinlich richtig ist, kriegt man das da nicht rein. Die Idee der KPÖ ist sogar, das da mit reinzunehmen, ich glaube, das geht sich rechtlich nicht ganz aus, weil eine Verordnung nicht gegen ein Landesgesetz sein darf usw. Brauchen wir da nicht ewig diskutieren. Ich möchte nur anmerken, dass wir da so quasi nicht sicher sind, ob es funktioniert, deswegen möchten wir auch einen Zusatzantrag stellen, dass es dort auch geregelt werden könnte, wo es unseres Erachtens hingehört, aber das ist so quasi, wird man dann sehen. Kleiner Hinweis, wir hatten vorher einen Abänderungsantrag im Umlauf, den ändern wir jetzt auf Zusatzantrag, er ist verteilt, sollte überall vorliegen.

Namens des grünen Gemeinderatsklubs möchte ich folgenden Zusatzantrag stellen: Punkt 3) Darüber hinaus wird der Steiermärkische Landtag ersucht, die Einbindung der Lärmschutzrichtlinie für Veranstaltungen des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2011 in das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz zu prüfen.

Unseres Erachtens kann man es nur so regeln, wenn das andere auch funktioniert, sind wir gerne dabei, ich glaube es nicht ganz, aber das sollen sich die zuständigen Beamten und Beamtinnen überlegen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Wie der Herr Kollege Wohlfahrt gerade gesagt hat, der Zuständigkeitsbereich ist eine problematische Angelegenheit, das habe ich auch im Motivenbericht angeführt, daher kommt man ja so schwer an und wir sind dankbar für die Geschichte mit dem Land, also uns ist es klar, dass die Lärmschutzverordnung eine Angelegenheit des Landes ist und wir da auch einhaken könnten. Und, liebe Astrid, ich danke auch für deine Ausführungen, da möchte ich auch nur ganz kurz sagen, wenn es lediglich vier Beschwerden gibt im Amt, dann könnte es vielleicht auch daran liegen, dass die Lärmhotline noch nicht eingerichtet ist, die natürlich nicht unbedingt mit dem Amt in Verbindung steht und ganz kurz zu guter Letzt, es gibt also ein Allerhand an Maßnahmen, das nehme ich zur Kenntnis, aber dann frage ich mich, warum dieses Problem so ein großes ist. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.

4) Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP/TAFTA)

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Besucherinnen und Besucher! In meinem Antrag geht es um eine sehr sperrige Thematik auf den ersten Blick, nämlich die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP. Hinter diesem sperrigen Begriff versteckt sich die Tatsache, dass momentan zwischen der EU-Kommission und der US-amerikanischen Regierung ein Freihandelsabkommen ausgehandelt wird, das von den Befürwortern als Maßnahme zu Wirtschaftswachstum und zur Arbeitsplatzschaffung verkauft wird, wo es sich aber lohnt, einen genaueren und kritischeren Blick darauf zu werfen und spätestens hier sollen die Alarmglocken bei allen schrillen. Es ist nämlich so, dass Gegenstand der Verhandlungsmaterie hier, wenn man das betrachtet, dass im Interesse von sozialen Standards, im Interesse von ArbeiterInnenrechten, von öffentlichem Eigentum, Umweltauflagen, Verbraucher und Datenschutz sowie ökonomische Entwicklung und demokratische Kontrolle höchste Vorsicht geboten ist, weil all diese Bereiche Teil dieser Verhandlungen sind und hier sind einige Punkte drinnen, die, wenn man angleicht die Standards zwischen den USA und der EU, das Ganze eine Negativspirale auslösen könnte bei Sozial- und Umweltstandards, das gleichzeitig die Macht der Konzerne wesentlich stärken könnte und das auch noch dazu führt, dass große Konzerne in der Lage wären, Staaten zu verklagen und zwar im Bereich von Milliardenhöhe. Also in aller Kürze gesprochen, haben wir es hier damit zu tun mit einer Vertragsabsicht, die dazu führen könnte, dass die europäischen Standards in vielen Bereichen, also ich habe gesagt soziale Rechte, im Bereich des Umweltschutzes etc. sprichwörtlich unter die neoliberale Dampfwalze geraten könnte. Ich möchte ein paar Beispiele dazu herausnehmen. Wenn wir uns einmal anschauen die Situation im Arbeitsrecht, da ist es so, dass die USA gerade einmal zwei von acht der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation unterzeichnet hat. Das bedeutet, dass Regelungen über Arbeitszeit und Urlaub, über Mindestlöhne, über Arbeitsschutzbestimmungen und betriebliche Mitwirkungsrechte hier potentiell als Handelshemmnisse gelten könnten und durch Klagen von Konzernen zu Fall gebracht werden können. Im Bereich des öffentlichen Eigentums ist es so, dass

Privatisierungsdruck seitens von Konzernen wesentlich stärker werden würde, auch in der öffentlichen Auftragsvergabe, soziale und ökologische Aspekte nur mehr sehr eingeschränkt Wirkung tragen würden. Wenn wir uns die Lebensmittelgesetze anschauen, möchte ich kurz darauf eingehen, was die Umweltorganisation Greenpeace dazu feststellt, die sagt: Aus Sicht von US-Konzernen stellen nicht nur Importverbote für mit Chlor desinfiziertem Hühnerfleisch, Klon- und Hormonfleisch sogenannte Handelshemmnisse dar. Auch die in Europa stockenden Zulassungsverfahren und strengere Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Lebensmittel sind mächtigen US-Konzernen ein Dorn im Auge. Also auch im Bereich Umwelt-, Lebensmittelschutz wäre das, wenn das so kommen würde, ein gewaltiger Hammer. Wenn wir uns weiter anschauen den Finanzsektor, ist es auch hier so, dass sowohl die EU- als auch die US-Verhandlungsdelegation auf eine weitere Liberalisierung und Deregulierung des Finanzmarktes drängen und auch die Maßnahmen, die in den letzten Monaten und Jahren gesetzt worden sind, um den Finanzmarkt zu regulieren, wieder zurückgenommen werden würden. Im Bereich Datenschutz sind hier in die Verhandlungen Konzerne miteingebunden, die selbst massenhaft personenbezogene Daten an die NSA weitergegeben haben, und worauf man auch noch zu sprechen kommen sollte, ist die Frage des Schlichtungs- oder der Schiedsgerichte, die geplant sind, die bedeuten würden, dass große Konzerne in der Lage sind, Staaten zu verklagen, wenn sie sogenannte Handelshemmnisse in Form von Arbeitsrechten, in Form von Lebensmittelschutzgesetzen etc. durchführen. Ich möchte dazu ganz kurz aus der *Le Monde diplomatique* zitieren: „Dieses Schlichtungsregime macht klar, dass die Rechte von Unternehmen höherwertig sein sollen als die Souveränität von Staaten. Es würde Unternehmen ermächtigen, die Regierung der USA oder eines EU-Staates vor ein außergerichtliches Tribunal zu zerren. Und zwar mit dem schlichten Argument, dass die Gesundheits-, Finanz- oder Umweltpolitik dieser Regierung ihrer Investorenrechte beeinträchtigt.“ Ich komme gleich zum Schluss. Wie gesagt, das stellt in sehr, sehr vielen Bereichen massive Einschränkungen dar, es ist auch etwas, was zwar transatlantisches

Freihandelsabkommen heißt und Atlantik ist weit von Graz entfernt. Allerdings würde auch das die Situation in der Stadt Graz massiv beeinschränken und beeinflussen, weil natürlich dieses Regelwerk auch für die Stadt Graz gelten würde beziehungsweise auch die hier in Graz lebenden Menschen natürlich von diesen neuen Arbeitsrechten, von diesen neuen sozialen Standards, von diesen neuen Lebensmittelschutzgesetzen etc. betroffen wären. Insofern wäre es, glaube ich, ein sehr wichtiges Signal, wenn hier die Stadt Graz ein Zeichen setzen würde, hier sagen würde, es dürfen nicht alle unsere sozialen Standards den Profitinteressen großer Konzerne geopfert werden und sich die Stadt Graz gegen das Freihandelsabkommen TTIB aussprechen würde.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, sich gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA auszusprechen, die Europäische Kommission zu einem sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu drängen und die Verhandlungsdokumente offenzulegen.

Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

5) Ablehnung von intransparenten Verhandlungen über TTIP

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda:** Ich werde versuchen, da gleich anzuschließen und ein bisschen vielleicht die kleinen Unterschiede herauszuarbeiten. Warum auch heute, das ist vielleicht eine interessante Frage, warum wir da heute darüber reden. Heute ist ein internationaler Protesttag. Für die, die es nicht wissen, das heißt in Österreich, in Deutschland, in Italien, in Belgien, in Polen, in Tschechien, in Schweden wird zu dem aktuellen Zeitpunkt und jetzt zur aktuellen Stunde gerade demonstriert gegen dieses transatlantische Handelsabkommen. Der Robert hat schon sehr viel gesagt. Ich möchte noch einen Punkt eigentlich herausheben, der für Graz relativ relevant ist, der eh schon erwähnt worden ist und zwar das ist dieses ISDS, dieses Investor-State-Dispute-Settlement. Da geht es im Endeffekt um eines, da geht es um politische Entscheidungsfähigkeiten, die möglicherweise der Stadt Graz dadurch verlorengehen könnten. Ich nehme ein simples Beispiel heraus und das war das Beispiel der Umweltschutzmaßnahmen. Es könnte sein, wenn ein amerikanisches Unternehmen in Graz ansässig ist oder beteiligt ist an einem Unternehmen, das in Graz ansässig ist, und die Stadt Graz beschließt Umweltschutzmaßnahmen, wir haben ein Feinstaubproblem in Graz, es kann sein, dass wir sagen, ok, wir brauchen Filter für Firmen, oder keine Ahnung, verkehrstechnische Maßnahmen im Bereich Feinstaub, wir beschließen irgendwas und aus irgendeinem Grund wird dieses amerikanische Unternehmen dann genau vor dieses Schiedsgericht gehen und sagen, naja, das betrifft uns jetzt in dem Maße nicht und wir haben dadurch Verluste, wir haben dort Einkommensverluste in Form von Millionen-, Milliardenhöhe, dann muss die Stadt Graz, dann könnte das passieren, dass die Stadt Graz das zahlen muss. Und dieses ISDS kann Teil dieses TTIP sein, und ist deswegen im Speziellen, also ganz spezifisch neben den ganzen anderen Punkten, die der Robert schon gesagt hat, spezifisch auch abzulehnen und ist einfach ein Demokratieverlust für uns in Graz, für unsere Entscheidungsfähigkeit. Das ist auch eigentlich einer der größeren Unterschiede zwischen den zwei Anträgen, das heißt, bei mir kommt jetzt noch eben in dem Sinn dazu, keine Zustimmung zu diesem oder anderen Abkommen, das durch das Investor-state dispute settlement, ISDS, die Möglichkeit demokratischer Entscheidungsgewalt

stark einschränkt, das ist der eine Punkt, der jetzt anders ist im Vergleich zum Robert seinem Antrag und der zweite kleine Punkt ist, dass im Endeffekt in meiner Formulierung drinnen steht, sich auf allen politischen Ebenen für ein Ende der unter den jetzigen Bedingungen geführten Verhandlungen zum transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP einzusetzen und der zweite Punkt, alle bisherigen Verhandlungsdokumente offenzulegen. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ **Potzinger** zur Dringlichkeit: Nur eine kleine Aufklärung, lieber Kollege Pacanda zu internationalen Tagen. Mag sein, dass heute im Sinne eures Antrages einige Organisationen sich in einigen Ländern geeinigt haben, gemeinsam zu protestieren. Der 15. Mai ist aber seit 20 Jahren weltweit der internationale Tag der Familie. Von der UNO als solches ausgerufen, also der große Festtag ist heute für die Familien, es mag auch Proteste geben, aber vergessen wir bitte nicht, der 15. Mai ist der Tag der Familie (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Gerade wenn heute der Tag der Familien ist, ist auch besonders wichtig, dass man hinschaut, weil hier geht es natürlich um den Schutz derer, die in der Marktgesellschaft nicht so gut vertreten sind, das ist eine superschöne Kombination. Nämlich es geht auch darum, dass die, die nicht voll dabei sein können, zum Beispiel Familien, wo halt jemand auf Kinder schaut oder auch nicht, zumindest Betreuungspflichten hat, die nicht der vollen Marktlogik ausgesetzt sein sollen, um solche Personen geht es. Jetzt bin ich als Ökonom natürlich durchaus für Freihandel prinzipiell unter ganz bestimmten Bedingungen. Da bedarf es klarer Spielregeln, dann kann Freihandel, dann kann Konkurrenz sinnvoll sein, aber solange diese Spielregeln nicht geklärt sind, und das ist eindeutig nicht der Fall, wie ausdrücklich darauf

hingewiesen wird, solange da ungleiche Machtverhältnisse sind, solange gewisser Arbeitnehmerschutz nicht gesichert ist, solange ein gewisser Umweltschutz nicht gesichert ist, sind wir natürlich ganz klar gegen diese Abkommen, weil viel wichtiger wäre es, zuerst diese Spielregeln zu vereinheitlichen auf einem vernünftigen Niveau und davon sind wir weit weg. Wir brauchen natürlich manchmal einen Schutz für gewisse Bereiche, wo es sinnvoller ist, dass es der öffentliche Sektor macht, als der private, wir brauchen einen Mindestarbeitnehmerschutz, wir brauchen einen Mindestumweltstandard und dergleichen, dann wenn das irgendwann einmal geklärt ist, dann bitte Freihandel, dann funktioniert das, aber sicher nicht unter diesen Bedingungen, wie es jetzt ist. Deshalb eindeutig Unterstützung der Dringlichkeit und, falls wir dazu kommen, auch gerne Unterstützung des Inhaltes. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Krotzer**: Nachdem ich mir nicht ganz sicher bin, ob wir nachher noch einmal in die Debatte kommen, hier von meiner Seite auch nochmal der Appell an alle Fraktionen, sich dem Antrag anzuschließen. Ich glaube, dass das, was in diesem Vertragswerk geplant ist, niemand hier herinnen unterstützen kann, niemand dafür sein kann, wo man auch aus christlich-sozialen oder sozialdemokratischen Grundhaltungen heraus da durchaus auch sagen muss, nein, so wollen wir das nicht. Vielen Dank (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und SPÖ) angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR. **Grossmann** zum Antrag: Manches Mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen die Dinge halt sehr im Detail. Also muss man schon erklären, warum ist man auf der einen Seite dafür und auf der anderen Seite nicht, warum unterstützen wir den Antrag vom Philip Pacanda und nicht den Antrag vom Kollegen Krotzer. Da liegt es wirklich sehr im Detail. Es geht nämlich in der Ablehnung sozusagen dieses Freihandelsabkommens uns in erster Linie um den Inhalt und um die derzeitige Form der Verhandlungen. Prinzipiell bekennen wir uns zu Verhandlungen über Freihandelsabkommen, prinzipiell sind wir auch dafür, dass Gespräche geführt werden zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, aber wie die Verhandlungen bisher gelaufen sind und was an Ergebnissen derzeit vorliegt, dem können wir nicht zustimmen und deshalb halten wir uns daran fest, dass im Antrag vom Philip Pacanda und von derzeitigen Bedingungen gesprochen wird. Es gibt die Möglichkeit, unter anderen Bedingungen grundsätzlich über Freihandelsabkommen zu reden, das muss uns klar sein, in einer globalisierten Welt ist es notwendig, dass verschiedene Wirtschaftsräume miteinander darüber reden, unter welchen Bedingungen und mit welchen Standards sie Handelsverkehr betreiben oder Dienstleistungen austauschen wollen, das ist eine Realität. Dass wir die Standards nach unseren Kriterien festlegen wollen, ist auch eine Realität. Deshalb stelle ich fest, dass die Sozialdemokratie nicht nur hier im Grazer Gemeinderat, sondern bis hinauf zum Herrn Bundeskanzler, sagt, die derzeitig vorliegenden Ergebnisse der Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten finden nicht unsere Zustimmung, werden das auch nicht im Europäischen Parlament finden, wir stellen fest, dass uns die Verhandlungsergebnisse nicht gefallen, dass uns auch die Übernahme verschiedener Dinge da drinnen nicht

gefallen, aber wir bekennen uns grundsätzlich dazu, dass es Gespräche und Verhandlungen geben muss (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Hoher Gemeinderat, geschätzte Antragsteller! Auch wir, da kann ich Kollegen Grossmann nur beipflichten, wir finden das nicht den richtigen Weg, wenn man fordert, Verhandlungen abubrechen, nur weil ein falsches Ergebnis herauskommen könnte. Der jetzige Stand der Dinge ist nicht zufriedenstellend, es gibt zuständige Gremien, es gibt zuständige Vertreter, auf die wir auch, Gott sei Dank, Zugriff haben im Europäischen Parlament, aber auch auf Bundesebene, wir sind absolut dafür, dass Verhandlungen zu einem Ende geführt werden, das Verhandlungsergebnis wird zu beurteilen sein und es wird darüber abzustimmen sein. Zu sagen, wir brechen Verhandlungen ab, weil wir uns vor dem Ergebnis fürchten, ist sicher nicht der richtige Weg, es kann auch ein Ergebnis sein, mit dem wir zufrieden sind, aber das können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht feststellen. Deshalb haben wir auch der Dringlichkeit nicht zugestimmt und deswegen werden wir auch dem Antrag nicht zustimmen. Danke.

GR. Mag. **Krotzer**: Auf den Kollegen Frölich kurz replizierend, also ich für meinen Teil kann sagen, ich fürchte mich vor dem Ergebnis, was da herauskommt. Auf den Herrn Kollegen Grossmann bezogen, ja natürlich kann es und soll es Gespräche zwischen der Europäischen Union und der USA geben. Die Frage ist, auf welcher Grundlage passiert das und da möchte ich schon noch einmal darauf verweisen, dass von der Europäischen Kommission veröffentlicht worden ist eine Liste an Vorgesprächen, die es im Rahmen der Verhandlungen gegeben hat und diese Liste ergibt, dass 93 % aller Vorgespräche zu diesen Verhandlungen, die geführt worden sind, sind mit Vertretern

von Konzernen geführt worden. 93 %, die restlichen 7 % teilen sich auf alle anderen auf, da ist halt für mich irgendwie die Frage, unter den Voraussetzungen kann ich in solche Verhandlungen nicht reingehen, dass das natürlich eine sehr einseitige Sache sein wird, ist meines Erachtens noch klar und insofern glaube ich, kann die einzig sinnvolle Forderung dafür sein, zurück an den Start zu gehen. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich hänge mich wieder an eigentlich, was du gesagt hast. Es ist auch genau das, was wir eben kritisieren, dass genau Umweltverbände und Vertreter und NGOs da eben nicht eingebunden worden sind und die gehören definitiv in diesen Prozess eingebunden, damit es was Gescheites wird in Summe. Das ist genau der Punkt, den wir fordern. Das heißt, eigentlich ist es schon wieder eigentlich ein Zurück an den Start, aber einfach neu verhandeln und eben nicht unter diesen Bedingungen das Ganze weiterführen. Dankeschön.

Der Antrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und SPÖ) angenommen.

Der Antrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

6) Bundesweit einheitliche Pflegefinanzierung

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um die zukünftige Finanzierung der Pflege. Ein Thema, das wir ja schon des Öfteren hier im Gemeinderat behandelt haben. Aber aufgrund der Aktualität jetzt im Konkreten, die Abschaffung des Regresses, ist dieses Thema dringlicher denn je, denn es gibt jetzt die Vereinbarung, den Regress für Angehörige abzuschaffen. Aber was knüpft sich daran, was heißt das dann für die Betroffenen, wenn Unterhaltspflichten schlagend werden oder eben nicht und deshalb ist es unsere Verantwortung als zweitgrößte Stadt Österreichs, hier wirklich einen Kraftakt zu starten und möglichst viele andere Städte, andere Gemeinden dazu zu animieren, hier klar ihre Stimme zu erheben und für eine bundesweite einheitliche Finanzierung zu sorgen. Warum, die Gründe sind klar, der erste Grund ist die demografische Entwicklung und der demografische Wandel ist besonders stark bei den 85-plus-Jährigen. In dieser Gruppe sind aber natürlich die Pflegebedürftigkeit und die Multimorbidität am größten. Und da gibt es eine Steigerung von 400 %. Und der zweite Grund ist auch ganz klar, die familiären Netze werden zunehmend geringer, wir haben derzeit 80 %, von den zu Betreuenden, die von den pflegenden Angehörigen betreut werden, 80 % und diese 80 % sind somit der größte Pflegedienstbringer Österreichs und diese Gruppe wird absolut weniger und deshalb wird auch der stationäre Aufenthalt für ältere Menschen sicher noch weiter zunehmen. Und der dritte Grund, den haben wir auch schon hier im Gemeinderat des Öfteren besprochen, ist die Sozialhilfe. Die Sozialhilfe war nie dafür gedacht, Pflegeleistungen und Betreuungsleistungen zu übernehmen, und das Zweite ist, dass die Sozialhilfe in jedem Bundesland unterschiedlich geregelt ist. Das heißt aber nicht nur, dass die Finanzierung in jedem Bundesland unterschiedlich ist, sondern das bedeutet, dass es in jedem Bundesland ein unterschiedliches Leistungsangebot gibt, ein unterschiedliches Versorgungsangebot,

unterschiedliche Qualitätsstandards, unterschiedliche Personalschlüssel und, ich habe das schon mehrfach auch gesagt, in Wien wird ein zu Betreuer oder eine zu Betreuerin um 100 % mehr durch Pflegepersonal betreut als es in der Steiermark ist. Und es kann bitte nicht sein in so einem kleinen Land wie Österreich, dass wir da neun verschiedene Sozialhilfegesetze mit den unterschiedlichen Standards haben. Also Sozialhilfe ist ein untaugliches Mittel, das hat auch schon der Bundesrechnungshof 2011 und 2012 festgestellt und er hat auch was anderes festgestellt. Bei der Kontrolle einiger Heime ist er draufgekommen, dass, und das ist wirklich verschriftlicht, ich habe den Bericht mit, dass acht diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen in einem Bundesland durch sechs Reinigungskräfte ersetzt wurden und das war legal. Also ich möchte das Beispiel nur anführen, damit man sieht, was es bedeutet, wenn die Pflege nicht einheitlich geregelt wird. Weil an die Finanzierung, an eine einheitliche Finanzierung knüpft sich natürlich ganz klar eine klare Qualitätsvorgabe, eine klare Personalausstattungsverordnung, und heute findet in Leoben die lange Nacht der Pflege statt und die lange Nacht der Pflege hat zum Thema: Gesundheitslücken und Finanzierungslücken schließen, vom Wissen zum Handeln und genau das ist es. Das Thema der Pflegefinanzierung hat schon so einen langen Bart, aber wir haben es noch nicht geschafft, es wirklich auf solide nachhaltige Beine zu stellen und deshalb ist es mir wirklich ein Anliegen, dass ich hier heute eine breite Zustimmung bekomme, um wirklich einen nationalen Kraftakt darzustellen, ein Signal an die Bundesregierung, endlich hier einmal tätig zu werden und eine nachhaltige Pflegefinanzierung für die zu Pflegenden einzuführen. Danke (*Applaus SPÖ*). Vor lauter Emotion habe ich den Antragstext vergessen.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz möge im Wege einer Petition an die Bundesregierung herantreten, die Finanzierung des Risikos Pflege durch ein geeignetes, zukunftssicheres und nachhaltiges Finanzierungssystem derart zu lösen, dass Pflegebedürftigkeit nicht zu einem finanziellen Risiko betroffener Menschen wird.

Ich bitte um breite Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Vargas** zur Dringlichkeit: Einen schönen Tag, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Waltraud, danke für den Antrag, wir werden den Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt unterstützen. Aber zuerst einmal ganz kurz: Wir haben jetzt, glaube ich, knapp 40 Jahre lang sozialdemokratische Sozialminister gehabt und die haben das nicht geschafft, das ist ein bisschen zu bedenken. Aber gut, wir brauchen den Ausbau der sozialen Dienste, es ist ein Zukunftsthema, da werden wir der Klärung bedürfen und bald sollte man diesen Rechtsanspruch klären. Denn es ist so, dass Pflegende, vor allem sind das Angehörige meistens, haben nicht den Rechtsanspruch, ihre Angehörigen zu pflegen, da muss der Arbeitgeber damit einverstanden sein, ich denke, das ist ein Thema, das wir vielleicht auch zu klären haben, damit Rechtssicherheit besteht für die Betroffenen und das andere ist, dass wir auf gar keinen Fall wollen, dass die Lösung so aussieht, dass der Arbeitsfaktor belastet wird, dann schaffen wir sowieso in der derzeitigen Situation, wo der Arbeitsmarkt so belastet ist, ein Problem. Das heißt, wir sind natürlich für eine neue Lösung des Pflegesystems und man könnte sich überlegen, naja, wir haben die Vermögenssteuer, die ist noch nicht ausdiskutiert auf Bundesebene, das wäre vielleicht eine Chance für die Sozialdemokraten, sich da einmal stark zu machen, das Thema zu regeln. Wir werden den Antrag unterstützen und freue mich auf die weitere Unterstützung.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin! Auch als KPÖ werden wir dem vorliegenden dringlichen Antrag der Dringlichkeit, auch dem Inhalt zustimmen. Es ist eine wichtige Frage, es ist wichtig, wie man Qualitätsstandards sicherstellen kann, man muss perspektivisch denken, zu Vereinheitlichungen kommen und auch die Finanzierung sicherstellen. Mein Appell ist immer nur der, der kommt in diesem Antrag in der Form nicht vor, aber ich mache es noch einmal deutlich, als KPÖ sind wir ganz entschieden dagegen, dass eine Pflegeversicherung eingeführt werden soll, die quasi dann die einzelnen Personen wieder auf diese Art und Weise belastet. Das heißt, wenn muss ein Finanzierungsmodell sicherstellen, dass es aus anderen Mitteln gespeist wird und nicht auf Kosten der Menschen geht und an sich gibt es ja so eine Übergangsvariante, weil wir haben ja in der Steiermark die spezifische Situation, dass wir das einzige Bundesland bis lang waren, das also Regress gehabt hat, der ist Gott sei Dank jetzt gefallen, das heißt, es trifft auf alle Länder, Bundesländer zu, dass man Möglichkeiten der Finanzierung sicherstellen muss. Es gibt seit 2011 diesen Pflegefonds, der gesetzlich eingerichtet worden ist, der gespeist wird, der auch 2015 und 2016 noch dotiert ist und ich hoffe, dass das auch perspektivisch ist, es ist aber sicher zu wenig und es muss tiefer gehende Formen geben, wie man eben Qualität und Finanzierung sicherstellen kann, aber bitte nicht in Form einer zusätzlichen Belastung. Das ist nur unser Appell in diesem Zusammenhang. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Danke, liebe Waltraud, für den Antrag, wir werden natürlich mitgehen, weil wir ja schon mehrere solche Appelle in Richtung Bund und Land geschickt haben. Unter anderem auch einen dringlichen Antrag, dass Pflegeheime von gemeinnützigen Trägern zu führen wären und nicht damit großes Geld verdient werden kann. Das ist auch meine Antwort auf die Kollegin Taberhofer. Ich glaube, dass es schwierig sein wird, eine Pflege, und wir wissen, dass Demenz und andere

Erkrankungen einfach auf uns alle zukommen, nämlich tatsächlich, zumindest jeden Dritten, der da hier auch im Gemeinderat sitzt, das heißt, wir werden irgendwelche Vorsorgen brauchen und wir müssen die wahrscheinlich auch für uns selbst irgendwo einmal einzahlen. Das heißt, wir wollen eine Pflege und da soll der Bund so etwas beschließen, aber es soll niemand damit belastet werden, das muss halt erst erfunden werden. Ich glaube halt, dass eine Pflege, und so war es lange, sehr stark auch Sache der Familie war, wenn dieser Rückhalt immer stärker zerbricht, auch zum Teil die Familie in der Form gar nicht besteht, dann wird es immer stärker auch Sache der öffentlichen Hand, dass man Pflege organisiert und da gehört endlich auch auf Bundesebene ein klares Wort gesprochen, wie das in Zukunft vorstattengehen soll. Dass das in irgendeiner Form finanziert werde muss, und ich glaube halt sicher auch, jeder, der heute arbeitet oder der auch Familie hat, in irgendeiner Form solidarisch hinauf und hinunter das mitfinanzieren wird müssen, also anders kann ich es mir eigentlich nicht vorstellen. Die Diskussionen gehören einfach geführt, es ist wieder ein Appell, eine gemeinsame Regelung zu finden und ich hoffe, dass tatsächlich dieser Anstoß, vielleicht auch ein Anstoß, der heute am Abend, ich nehme an, in Richtung des Bundes kommen wird, dass der endlich auch dazu führt, dass diese Diskussionen beginnen. Jedenfalls sind wir inhaltlich sowohl für die Dringlichkeit als auch für den Inhalt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Gott sei Dank ist der Regress, wie von uns schon so oft gefordert, endlich gefallen. Trotz alledem pflegebedürftig zu werden, das ist ein Risiko, das nicht nur ältere Menschen haben, sondern dass auch uns, jeden von uns betrifft. Jeder von uns möchte optimal gepflegt und behandelt werden, aber niemand möchte seine Liebsten, seine Angehörigen damit belasten. Es ist vor allem wichtig, dass österreichweit viele Regelungen getroffen werden, wie zum Beispiel die Regelung des österreichweit gleichen Pflegeschlüssels oder auch natürlich der Finanzierung. Die

österreichischen Steuerzahler und Staatsbürger haben ein Recht darauf, bestmöglich gepflegt zu werden. Die Pflege wird immer teurer und die Gehälter des pflegenden Personals nicht. Die Wertschätzung dieser Berufe ist leider nicht da und da könnte man auch noch sehr viel dazu tun. Pflege darf allerdings kein Geschäft werden, anzustreben ist eine Nullrechnung oder ein kostendeckender Betrieb. Kein Profit soll es sein, pflegebedürftige Menschen zu betreuen, denn das bringt diese betroffenen Personen wieder möglicherweise zu einem Risiko. Da sind viele Herausforderungen, die einer gerechten Lösung bedürfen. Diesen Herausforderungen müssen wir uns dringend stellen und wir stimmen diesem Antrag natürlich zu (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Ich beginne mit dem Pflegefonds, der Pflegefonds hat im Jahr 2011 bis zum Jahr 2016 1,3 Milliarden Euro eingespeist in die Länder, allerdings ist das wirklich nur der sprichwörtliche heiße Tropfen oder der Tropfen auf dem heißen Stein. Es ist ein Puzzleteil, aber es kann nie eine Gesamtlösung sein. Dann kommt noch dazu, dass zwar ganz tolle neue Angebotsformen und Strukturformen im Pflegefonds verankert sind, fixiert sind, aber die Länder in der Umsetzung das Geld dieses Fonds sehr oft nur für die Heimunterbringung verwenden und neue Angebote, sei es jetzt neue Wohnformen oder auch Cash- und Care-Management, das findet viel zuwenig Beachtung. Der zweite Punkt, Pflegepersonal, da gebe ich der Claudia absolut Recht, wir werden vielleicht in zehn Jahren die Situation haben oder ich hoffe, dass diese Finanzierungssituation gelöst ist, aber wir werden das Problem haben, dass wir nicht ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege haben werden. Es ist ein ganz ein wichtiges Thema, dass die KollegInnen die Wertschätzung bekommen, dass sie Rahmenbedingungen vorfinden, wo auch sie gesund arbeiten können und diese Grundlage für die KollegInnen in der Pflege zu schaffen, braucht natürlich auch eine gesicherte nachhaltige Finanzierung. Dann der nächste Punkt, die Finanzierung, also wir von der SPÖ haben einen klaren

Lösungsansatz. Führen wir wieder die Erbschaftssteuer ein und Vermögenssteuer und allein, wenn wir unsere Vermögenssteuer auf einen durchschnittlichen EU-Wert hinaufheben, haben wir vier Milliarden Euro und 4,3 Milliarden Euro ist genau das Geld, was wir für die Pflege und Betreuung in Österreich brauchen, also diesen Lösungsansatz haben wir.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Schartel: Dann wird das Geld dafür wieder nicht verwendet.

GR.ⁱⁿ Haas-Wippel: Ja, es muss eine Zweckwidmung sein, natürlich mit einer Zweckwidmung, das ist notwendig. Das wäre unser Lösungsansatz (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Eurovision Song Contest in Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Im Vorfeld zu diesem Antrag heute ist mir einige Male auch gesagt worden, fast vorgeworfen worden, dass diesen Antrag hier im Grazer Gemeinderat zu stellen so etwas ist, wie Eulen nach Athen zu bringen, weil wir ohnehin offene Türen dafür haben, weil der Herr Bürgermeister erfreulicherweise bereits die ersten Schritte gesetzt hat, und Eulen nach Athen zu bringen, ist aber aus meiner Sicht in unserem Fall sogar ein ganz guter Vergleich, das würde nämlich heißen, ein Bekenntnis für Menschenrechte in die Menschenrechtsstadt Graz zu holen und genau das sollten wir auch tun. Ich denke, wir haben uns am Wochenende alle mit Conchita Wurst sehr, sehr gefreut, wir haben uns alle gefreut, dass Österreich nicht nur den Song Contest gewonnen hat, sondern dass Österreich eben mit genau diesem Song und mit genau dieser Interpretin den Song Contest gewonnen hat. Es war ein Votum Europas zu Toleranz und Vielfalt, zum Miteinander und zur Freiheit.

Daher ist es nur naheliegend, jetzt den Eurovision Song Contest nach Graz zu holen. Nicht nur, weil die Interpretin oder der Interpret steirische Wurzeln besitzt, sondern auch hier gelebt hat und vor allem eben, weil dieses Symbol für Graz ein sehr, sehr passendes ist. Graz ist Menschenrechtsstadt, Graz ist Kulturstadt, Graz war Kulturhauptstadt 2003, Graz bekennt sich immer wieder, und ich hoffe auch, nicht nur zu Symbolen, sondern auch in Taten zu Menschenrecht, zu Toleranz, zu Offenheit. Und dazu ist natürlich auch der Song Contest einerseits eine Möglichkeit, dass Graz das wieder einmal sehr deutlich auch zeigt und sagt, dass dies europaweit, weltweit auch zur Kenntnis genommen wird, gezeigt wird und natürlich auch Graz bekannt wird und damit natürlich auch ein touristischer, wirtschaftlicher Mehrwert für Graz auch möglich wäre.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekundet sein grundsätzliches Interesse, dass die Stadt Graz als Menschenrechtsstadt Veranstaltungsort für den Eurovision Song Contest 2015 wird. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird daher ersucht, dem Gemeinderat über die mit dem ORF geführten Verhandlungen regelmäßig zu berichten und ihn über die Bedingungen/Voraussetzungen seitens des ORF zu informieren. Nachdem ja auch bereits erste Vorgespräche erfreulicherweise stattgefunden haben. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein großes Ereignis der Sieg im Song Contest und es ist, wie du auch richtig sagst, eine große Chance oder wie aus deinem Antrag herauskommt, eine große Chance, zum Thema Toleranz, Vielfalt, Miteinander, Antidiskriminierung tatsächlich auch ein Zeichen zu setzen. Wir werden dem zustimmen, werden aber, wie mit Ihnen und euch ja im Vorfeld auch bereits kommuniziert, dem Ganzen einen Zusatzantrag beifügen, der in die Richtung geht, dass wir eben auch nicht nur eindrucksvolle Worte, wie Martina Weixler von den rosalia PantherInnen in der Presseaussendung gesagt hat, nicht nur eindrucksvollen Worte hören, sondern auch eindrucksvolle Taten sprechen lassen wollen, sprich, dass der Gemeinderat oder zumindest eine deutliche Mehrheit im Gemeinderat sich ganz klar ausspricht für ein Engagement in weiterer Hinsicht Richtung Gleichstellung sei es mit Appellen auf der Bundesebene, ihr wisst alle, dass da einiges an Gleichstellungsdingen noch zu tun ist, sei es auch mit Zeichen von Akzeptanz und auch Förderung für NGOs, die sich in dem Bereich einsetzen, die mit Jugendlichen arbeiten, die Opfer von Diskriminierung sind usw. dass wir ein Zeichen der

Unterstützung setzen und daher lautet dann mein Zusatzantrag, der impliziert, dass wir der Dringlichkeit natürlich zustimmen, sonst gäbe es selbigen nicht, der besagt: Der Gemeinderat der Stadt Graz verpflichtet sich daher, um eben auch eindrucksvolle Taten zu setzen, bis zu einer etwaigen Austragung des Eurovision Song Contest an den Bundesgesetzgeber zu appellieren und im eigenen Bereich positive Beispiele und Zeichen zu setzen, um die Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transgender-Personen abzubauen und sie in allen Lebensbereichen zu fördern. Ich habe auch schon vernommen, dass es durchaus Zustimmung gibt und denke, es ist sehr wichtig, dass wir diese Chance, die der Song Contest in wirtschaftlicher, in sonstiger Hinsicht, Tourismus usw., für Graz hat, dass wir sie auch beim Schopf ergreifen oder beim Bart ergreifen und ein deutliches Zeichen setzen, dass wir als Gemeinderat für Vielfalt, Toleranz und gegen Diskriminierung sind. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen, liebe ZuhörerInnen! Wir freuen uns natürlich auch über den Sieg von Conchita Wurst, auch übrigens ich persönlich, weil wir KommunistInnen sind ja internationalistisch eingestellt und deswegen ist mir das, um mit diesen Worten zu sagen, ganz Wurst, dass Österreich Deutschland null Punkte gegeben hat, denn da zählt die Qualität der Musik einfach mehr und vor allen Dingen, was uns natürlich auch sehr am Herzen liegt, das ist diese politische Botschaft, die damit vermittelt wird. Den Begriff Toleranz will ich eigentlich gar nicht erwähnen, denn sexuelle Selbstbestimmung muss eigentlich in der Gesellschaft selbstverständlich sein, das zeigt, dass wir dafür stehen, das zeigt nicht zuletzt, dass mein erster Antrag, den ich hier im Gemeinderat eingebracht habe, der war, dass der Grazer Trauungssaal gleichwertig für Trauungen wie auch für homosexuelle Verpartnerungen zu nutzen ist. Der Antrag ist damals übrigens abgelehnt worden, ich weiß nicht, was die Conchita Wurst dazu sagen

würde. In diesem Sinne ist es aber auf jeden Fall sehr, sehr wichtig, dass jedes Zeichen der Akzeptanz unterstützt wird und gesetzt wird. Wir werden deswegen dem Zusatzantrag natürlich gerne zustimmen, das ist uns ein sehr großes Anliegen. Aber wir finden es trotzdem sehr riskant, gleich da so vorzupreschen wie Bürgermeister Nagl das getan hat und zu sagen, am Geld soll es nicht scheitern. In den nächsten Wochen beginnen die Budgetgespräche für 2015 aber unter ganz anderen Vorzeichen. Zusätzlich zu einer pauschalen Kürzung der Eckwerte, also jener Beträge, die die einzelnen Ressorts im nächsten Jahr verbrauchen dürfen, um drei Prozent werden Einsparungspotentiale von zehn Millionen quer über alle Ämter hinweg gesucht und das ist genau der Betrag, der angenommen wird für eine Austragung des Song Contest. Deswegen werden wir dem Antrag nicht zustimmen, wir sind aber natürlich für eine Würdigung und wir haben auch schon so ein paar spontane Ideen dazu gehabt, also es gab einmal eine Initiative, die aus Kostengründen abgelehnt wurde und wenn Geld hier jetzt keine so große Rolle spielt, dann ist ein Vorschlag von uns zum Beispiel die Umbenennung der Conrad-von-Hötzendorf-Straße in eine Conchita-Wurst-Straße, stellen Sie sich vor, wenn der Song Contest kommt, was wir ja nicht befürworten, aber stellen Sie sich vor, wie großartig das wäre, wenn dann die internationalen Gäste über die Conchita-Wurst-Straße zum Austragungsort der Stadthalle fahren (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Gemeinderatsbeschluss erinnern, der fixiert hat, dass keine lebenden Personen mehr die Ehre bekommen.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Braunersreuther: Das ist keine lebende Person, sondern eine Kunstfigur.

GR. **Pacanda:** Jetzt muss ich den Herrn Bürgermeister ergänzen, da ging es um die Straßennamen, die zweite, die mit der Conchita-Wurst-Halle, würde schon gehen eigentlich. Wir freuen uns auch über diesen Gewinn, den es da gegeben hat, sind aber eben auch der Meinung, dass es wahrscheinlich sich doch ein wenig um das Geld drehen sollte in weiterer Folge. Wir unterstützen den Antrag natürlich in der Dringlichkeit und auch im Inhalt, wir haben aber einen Zusatzantrag diesbezüglich formuliert und zwar, dass die zuständige Stellen der Stadt Graz ermitteln sollen, welche Veranstaltungsstätten überhaupt dafür geeignet wären in Graz und inwieweit sie adaptiert werden müssten, was für Kosten auf die Stadt Graz, auf die Bevölkerung von der Stadt natürlich zukommen, um einen Event überhaupt in der Größe ausrichten zu können, also was sind die Umbaukosten, was sind die Veranstaltungskosten? Einen Finanzierungsplan dementsprechend auch zu erstellen, weil natürlich die spannende Frage ist, wie finanziert sich das, wo müssen wir da möglicherweise einsparen oder gibt es vielleicht Sponsoren, die da irgendwo aus der Versenkung auftauchen oder wir finden wieder irgendwelche PackerIn in irgendwelchen Abteilungen, das weiß ich nicht, und dementsprechend am Schluss noch einen Bericht dementsprechend an den Gemeinderat vorzulegen, der dann Basis ist für einen etwaigen Antrag oder Beschluss für eine Bewerbung für die Austragung nachher dann, das heißt, auch zu schauen, wie es mit den Finanzen diesbezüglich ausschaut. Dankeschön.

GR. **Pogner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe

Alexandra! Ich darf vielleicht auf den Punkt zurückkommen, wie man und warum man einen dringlichen Antrag stellen sollte und ich würde vorschlagen, dass wir den Herrn Magistratsdirektor bitten, dass er diesen Antrag als Musterbeispiel in eine Mappe hineinnimmt, und wenn die neuen Gemeinderäte dann in der nächsten Periode wieder angelobt werden, dass man den Antrag vorzeigen kann und vorlegen kann. Ein Musterbeispiel eines dringlichen Antrages, wie man ihn eigentlich nicht braucht, weil er nicht dringlich ist, ganz einfach. Dringlich ist ein Antrag immer dann, wenn man aktuell etwas einbringen möchte, was nicht Thema ist. Ich darf daran erinnern, dass dieser Song Contest vom Samstag auf Sonntag in der Nacht um 0 Uhr 25 oder so in etwa aus war und fünf Minuten später gab es das erste Posting von unserem Stadtrat Kurt Hohensinner, der auf Facebook schon gesagt hat, der Song Contest gehört nach Graz. Dann kamen am Sonntag die ersten Gespräche bereits vom Armin Egger, seines Zeichens unser Chef bei der Stadthalle, der auch schon gesagt hat, er hat schon Kontakt aufgenommen mit dem Herrn Draxler, also die ersten Dinge sind schon in die Wege geleitet. Am Montag, zur Erinnerung, am Montag kam alles groß in den Medien, angefangen von der Kleinen Zeitung, die Krone ist erst am Dienstag nachgefolgt und vor allem vom ORF Steiermark. Also da ist schon alles in Bewegung gewesen. Graz hat sich schon positioniert und Graz hat schon mit den Worten des Herrn Bürgermeister schon gesagt, wir wollen den Song Contest da haben. Also was, bitte, ist da jetzt hier noch dringlich? Wir sind mittendrauf, wir sind mitten beim Thema dabei. Aber, ich verstehe schon, man möchte gerne, ich vergleiche es immer so ein bisschen wie, wenn Kinder einen Zug sehen und sie sehen den Zug davondampfen und sagen, da wäre ich so gerne mitgefahren, also und dann schaue ich ganz einfach, dass ich bei der nächsten Runde, wenn der Zug wieder vorbeikommt, dass ich da aufspringen kann und sage, aber erfunden habe ich ihn schon selber. Natürlich wir können alle mitfahren und der Gemeinderat gibt auch hier seine positive Haltung dazu ab, dass wir sagen, Graz möchte, dass der Song Contest herkommt, natürlich wollen wir das alle miteinander haben, vielleicht mit ein/zwei/drei Ausnahmen hier herinnen, aber alle anderen wollen doch, dass der

Song Contest kommt und auch wir wollen das und wir unterstützen das natürlich sehr. Also steigen wir alle in den Zug ein, fährt mit, er ist schon lange unter Dampf, wie gesagt, wir fahren seit fünf Minuten nach Ende des Song Contest in der Richtung, Graz soll den Song Contest haben, wir wollen ihn haben und wir werden alles dafür tun und der Gemeinderat wird hier seine Duftnote setzen, damit wir sagen, da sind wir als Gemeinderat auch dabei. Entscheiden, und das muss uns bewusst sein, entscheiden tut das der ORF und die europäische Eurovision, wer den Song Contest austrägt, der Gemeinderat kann nur sagen, ok, wir sind auch dabei und das wollen wir machen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Jetzt ist natürlich die Frage, wer für seine Wortmeldung die zwölf Punkte kriegt, lieber Harry Pagner, du wirst es eher nicht sein. Wir bekennen uns natürlich dafür, dass sich die Stadt Graz bewirbt zur Austragung dieses Ereignisses, das habe wir auch im Vorfeld kundgetan, unterstützen deswegen natürlich auch diesen Antrag, weil es natürlich wichtig ist, dass auch noch einmal der Gemeinderat hier Einverständnis zeigt und das Ganze auch noch einmal beschleunigt und den Bürgermeister auch mit dem Mandat ausstattet, die notwendigen Verhandlungen zu führen, auch bei den Stiftungsräten im ORF, weil es wird ja letztendlich auch dort entschieden, Einfluss zu nehmen. Man muss an dieser Stelle natürlich auch realistisch sein, also ich persönlich glaube nicht, dass sich die Bundeshauptstadt dieses Ereignis entgehen lässt, aber wenn man da eine geschickte, gute Bewerbung auf die Beine stellt, vielleicht gibt es ja doch irgendeine Möglichkeit. Wo es von uns allerdings kein Bekenntnis gibt, das möchte ich hier schon auch sagen, das sind diese Absurditäten in da in diesem Zusatzantrag der grünen Partei Adoptionsrecht, Grußbotschaften der Stadt auch allen diversen einschlägigen Veranstaltungen, Beflaggung der ganzen Stadt mit Regenbogenfahnen usw. also das findet nicht unsere Zustimmung (*Applaus FPÖ*), wir brauchen keine weitere Sexualisierung der Gesellschaft, Sexualität soll

Privatsache bleiben, da sind wir bisher auf jeden Fall, auch in den letzten Jahren, sehr gut gefahren und das soll es dann auch bleiben. Wobei ich, und das möchte ich hier an dieser Stelle schon sagen, vor dem Engagement des Herrn oder der Frau Wurst durchaus meinen Hut ziehe, auch nicht anstehe, ihm zu gratulieren zu diesem Sieg, ich glaube, er hat mit diesem Projekt, mit dieser Kunstfigur und auch seiner gesanglichen Qualität, weil es ist ja noch immer ein Song Contest, der die Mehrheit in Europa überzeugt, er hat ein Überraschungsmoment gesetzt, er hat ein bisschen anormal natürlich bei dem Einheitsbrei, der da sonst immer angeboten wird, ein gutes Gesamtpaket auch an den Tag gelegt und so den Sieg eingefahren und da ist ihm natürlich, auch Dank der Toleranz der Veranstalter, die ihn dann seine Botschaft in weiterer Folge absetzen haben lassen, ist ihm gelungen, den Sieg einzufahren. Dass Sie das jetzt benutzen, um ihr Weltbild sozusagen allen auch aufzuzwingen, das war mir auch klar, aber ich glaube, wir sollten doch die Kirche im Dorf lassen und uns bewusst machen, dass es sich hier um einen mittlerweile seit 60 Jahren existierenden Gesangswettbewerb handelt, dass da Gesang im Vordergrund stehen sollte und dass man den Song Contest nicht umfunktionieren sollte zu einer... (*Applaus FPÖ*), also ich glaube, das sollte unser Anspruch sein, weil ich glaube, weil sonst agieren wir eher kontraproduktiv und dann überlegen sich wahrscheinlich die Verantwortlichen, dass sie den Song Contest mit Sicherheit nicht nach Graz verlegen und vergeben. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf noch in einem Punkt anmerken, dass es, glaube ich, auch gut ist, dass wir letzten Endes ein gemeinsames Bekenntnis dazu ablegen. Ich habe mir erlaubt, auch aufgrund der Dringlichkeit und der Diskussion, die in Österreich gleich ausgebrochen ist und in vielen Städten unter Politikern gleich benutzt wurde, so nach dem Motto, das soll jetzt unbedingt in Wien, in Klagenfurt, in Salzburg, und an wieviel Seen und sonst wo stattfinden, auch zu positionieren, dass wir ein

Interesse daran haben und dass ich auch glaube, dass wir in der Lage sind, aufgrund unserer guten Infrastruktur Messe, nämlich die Kombination von Stadthalle und den ganzen Hallen, die wir daneben haben, inklusive dem Bereich für Journalistinnen und Journalisten, dass wir gut vorbereitet wären und keine großartigen Zusatzkosten brauchen. Beim ersten Screening, wenn ich so sagen darf, über Österreich hinweg, bleiben drei Destinationen für mich in der engeren Wahl; das ist einmal die Olympiahalle in Innsbruck, das ist einmal der Messebereich der Stadt Wien, weil die Stadthalle ja doch eine Halle ist, die allein steht und nicht viele Zusatzräumlichkeiten hat und die Landeshauptstadt Graz, die wahrscheinlich sich sogar mit den Gebäuden am besten dazu eignet. Ich habe mir auch erlaubt, mit dem ORF im Lande Steiermark zu sprechen, mittlerweile nicht nur einen Brief an den Herrn Wrabetz und an seinen Finanzdirektor zu schicken, sondern auch schon persönlich Kontakt gehabt zu haben, auch mit Wien und es geht einfach darum, dass wir jetzt einmal von der emotionalen Ebene dann wieder herunterkommen, das ist ja auch Inhalt auch der Anträge und Zusatzanträge, um einmal zu schauen, erfüllen wir die Kriterien. Das, was wir bisher bekommen haben, kann ich schon sagen, erfüllen wir, glaube ich, sogar am besten, aber es wird dann die Frage sein, wie finanziert man das, wie ist die Verkehrsgeschichte. Man muss wissen, dass für eine solche Veranstaltung der Veranstaltungsort bis zu einem Monat, zumindest aber drei Wochen, reserviert werden müsste, das heißt, man muss sich genau anschauen, was haben wir alles am Veranstaltungskalender und, und, und. In der Finanzierung ist es so, dass die Finanzierung dem öffentlichen Rundfunk des jeweiligen Siegerlandes bleibt, das heißt, der ORF hat in Österreich diese 20 bis 25 Millionen Euro zu stemmen. Damit hat man ja nicht gerechnet, auch da wird der ORF budgetär nachdenken müssen. Gang egal, ich sage jetzt, ganz egal, wo es stattfindet, wird sowohl die jeweilige Landesebene, aber auch die Bundesebene, mithelfen müssen, dass das ein Erfolgsprojekt in Europa wird und dass das Musikland Österreich, wo immer es dann stattfinden wird, sich gut präsentiert. Die Kollegen von der Messe, sprich Armin Egger, als auch Dieter Hardt-Stremayr habe ich gebeten, die Führung einmal zu

übernehmen einer Projektgruppe, die wir einzurichten haben, sie haben sich auch bereit erklärt dazu, sie haben auch den ersten Kontakt in Richtung ORF gelegt, es gibt viel zu arbeiten, ich darf auch anbieten, dass alle Persönlichkeiten hier aus Verwaltung und Politik, die Ideen haben, die dazu beitragen können, eine gute Präsentation abzugeben, sich bei uns melden und ihre Ideen auch einbringen. Das heißt, wir werden eine Arbeitsgruppe haben, wird quasi eingerichtet, Hardt-Stremayr und Armin Egger, die den touristischen und den wirtschaftlichen Background sicherlich gut im Auge behalten werden, werden uns da informieren und es wird nicht allzu lange dauern, wird eine Entscheidung fallen müssen, weil die Vorbereitungen für so eine große Show, die europaweit und weltweit ausgetragen wird, nimmt mindestens ein Jahr in Anspruch und wir sollten auch aufgrund des Terminkalenders möglichst schnell sein. Also ich erwarte mir, dass in Österreich bald eine Entscheidung fallen wird, ob sie zugunsten von Graz fällt oder nicht, kann ich nicht sagen, allein entscheidet das der ORF mit dem Partner Eurovision und das wird jetzt noch spannend. Wir haben einige Hausaufgaben zu erfüllen, wenn wir sie gut machen, haben wir die Möglichkeit, unter Umständen im Jahr 2015 Austragungsort eines Eurovision Song Contest zu sein, wir werden im Jahr 2017 Special Olympics weltweit mit Schladming gemeinsam durchführen, also ich denke mir, dass wir, wenn es uns gelingen sollte, diese beiden Veranstaltungen gut zu absolvieren, sowohl weltweit als auch europaweit wirklich im Fokus stehen und das sollte unser gemeinsames Bestreben sein, ob es gelingt, weiß ich nicht, vielleicht ist auch jemand in der Sozialdemokratie in der Lage, den Kollegen Häupl davon zu überzeugen, dass es viele internationale Veranstaltungen in Wien gibt, dass Graz durchaus mit diesem Projekt betraut werden sollte, aber da vertraue ich euch, dass ihr das schaffen werdet (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Herzlichen Dank für die Unterstützung, die sich auch

abzeichnet, Herr Bürgermeister, herzlichen Dank für Ihren Bericht zum Stand der Dinge. Ich glaube, damit ist auch das Thema Finanzielles stückweit vorweggenommen. Lieber Harry Pogner, zu dir noch ein Wort, also das mutet nahezu als Geringschätzung dieses Gremiums hier an, wenn du tatsächlich ein Posting auf Facebook vergleichst mit einem Beschluss im Grazer Gemeinderat. Der Beschluss in einem Grazer Gemeinderat ist für den Herrn Bürgermeister eine wichtige Rückendeckung, ein Rückenwind. Ich glaube, er versteht das auch genau so, soweit ich das jetzt verstanden habe, und das gering zu schätzen, ist fast ein bisschen empörend für mich jetzt gerade. Das hier hierzu. Zu den beiden Zusatzanträgen vielleicht gleich noch ein... wobei die erst später zwar beschlossen werden, aber nur kurz zu unserem Stimmverhalten, wir unterstützen selbstverständlich deinen Zusatzantrag, Daniela Grabe, weil das auch unserer Position, unserer Einstellung natürlich voll entspricht und wir werden nicht dem zweiten Zusatzantrag vom Kollegen Philip Pacanda unterstützen, einerseits die finanziellen Dinge, die derzeit sozusagen auch grob vorhanden sind, glaube ich, sind gerade ausgeführt worden und das Zweite ist, würden wir jetzt lange prüfen und ausrechnen, was es genau bedeuten würde, abgesehen davon, dass Umbauten, zum Beispiel in der Stadthalle, so wie es sich derzeit darstellt, auch nicht groß notwendig sein werden, weil die Stadthalle tatsächlich die Halle ist, die derzeit, wie es aussieht in Österreich, die geeignetste sogar dafür ist. Und würde man das jetzt lange prüfen, wäre es zu spät für Bewerbung, weil wie man auch liest, wird sich das innerhalb der zwei/drei Wochen entscheiden, welche Stadt den Zuschlag bekommt und damit können wir diesem Zusatzantrag aus unserer Sicht nicht zustimmen und bitte damit um ein möglichst gutes Statement auch, wie der Grazer Gemeinderat jetzt hier in dieser Sache möglichst geschlossen auch sich dafür ausspricht. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht zum Zusatzantrag, das sind alles Dinge, die

selbstverständlich sind, weil bevor wir das beschließen, muss ja der Gemeinderat sowieso für den Fall, dass Kosten etc. anfallen, einen Beschluss vorher fassen, es kann ja niemand sagen, hurra, wir bewerben uns, wir kriegen den Zuschlag und haben uns vorher nicht abgesichert, also das, wenn ich so sagen darf, ist jetzt Fleißaufgabe, wir haben sie sowieso zu erledigen. Alle Punkte, die da draufstehen, sind aus meiner Sicht sowieso dem Gemeinderat vorzulegen, das ist Automatismus.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Den Antrag müssen wir dann bitte noch einmal verlesen. Dann wäre die Bitte, dass man den Antragstext noch einmal verliest, den Zusatzantrag von Ihnen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Die letzte Version des Zusatzantrages, die wir auch so besprochen haben lautet: Der Gemeinderat der Stadt Graz verpflichtet sich daher, bis zu einer etwaigen Austragung des Eurovision Song Contest 2015 an den Bundesgesetzgeber zu appellieren und im eigenen Bereich positive Beispiele und Zeichen zu setzen, um die Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transgender-Personen abzubauen und sie in allen Lebensbereichen zu fördern.

Der Zusatzantrag von den Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag von der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

8) Moscheebau in Graz – dringende Offenlegung der Spendengelder

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es freut mich, dass Sie als größter oder einer der größten Befürworter der Grazer Moschee bei meinem Antrag auch zugegen sind und ich glaube, um auch auf das zurückzukommen, was vorher besprochen worden ist, dringlich oder nicht, diesmal ist es wirklich dringlich. Ich möchte meine Ausführungen beginnen mit der Frage in die Runde, wer von Ihnen wird eigentlich gerne belogen? Nicht viele oder eigentlich gar keiner, so auch wir nicht von der freiheitliche Partei und ich kann mich sehr gut erinnern, im Jahr 2011 haben wir da herinnen dieses Thema ja schon breit diskutiert und da haben wir die Frage gestellt, wie finanziert die bosnische Gemeinde ihren Moscheebau? Die Antwort war, ja das werden sie aus ihren eigenen Reihen schaffen, die finanziellen Mittel diesbezüglich auch aufstellen. Wir haben damals gesagt, ja das wird schwer, bei 10 Millionen Gesamtvolumen und zwei oder drei Millionen allein für die Moschee, der Rest ist ja für das Kulturzentrum, wird das schwer werden bei dieser Anzahl auch an Mitgliedern in der Gemeinde. Und prompt drei Jahre später müssen wir erfahren, dass es einen Großspender aus den arabischen Emiraten gibt. Und es ist erstaunlich, dass dem Herrn Bürgermeister und anscheinend auch der ÖVP so ein

Beschwichtigungsbriefe der bosnischen Gemeinde reicht, um alle Zweifel über Bord zu werfen und, glaube ich, die in diesem Falle erforderliche kritische Haltung einfach so aufzugeben. Also das ist sehr, sehr erstaunlich. Ist mir natürlich klar, dass das in weiterer Folge auch zur Hand genommen wird als Argument, um auch diesen dringlichen Antrag abzulehnen. Ich möchte anders wie ursprünglich geplant, und das kann man eh im Motivenbericht nachlesen, möchte ich ganz kurz eingehen auf die Situation, die wir in Bosnien momentan vorfinden. Wir haben den Bosnienkrieg Anfang der 90er-Jahre erlebt, seitdem ist es dort, vor allem bei der Jugend, zu einer massiven Radikalisierung gekommen. Offiziell heißt es so schön, ein nationale und religiöse Erweckung einer gesteigerten Identifizierung mit dem ethnischen Erbe. Interessant ist, wie diese Radikalisierung begünstigt worden ist oder wodurch sie entstanden ist, da sieht man dann, dass es die „Investitionen“ unter Führungszeichen aus den Golfstaaten oder aus einigen Golfstaaten waren. In Bosnien vor allem aus Saudi-Arabien, aber auch aus den arabischen Emiraten. Das hat zur Folge gehabt, dass in jeder kleineren bosnischen Stadt auch sofort das erste Bauwerk, was nach dem Krieg natürlich aufgebaut worden ist, eine schöne Moschee gestanden ist. Die Folge, eine strengere oder eine sehr strenge konservative Islamauslegung ist gefördert worden, vor allem durch den Einfluss durch die Investitionen aus Saudi-Arabien und den Emiraten, die habe mittlerweile den traditionellen eher toleranten bosnischen Islam, der auch der Grund war, warum er 1912 als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde, zunehmend zurückgedrängt. Das sieht man auch, wenn man durch Sarajevo geht, auch am Bild, nämlich dass immer mehr Frauen auch die islamische Kleiderordnung befolgen, dass man Burkas sieht, Vollverschleierungen sieht, was vor dem Krieg noch überhaupt keine Bedeutung hatte. Also ich würde meinen, das ist eindeutig ein Schritt zurück. Und wenn man sich das so anschaut, dann wundert es einen auch nicht, dass das Salafistennetzwerk, die radikale Bestrebungen haben, den Gottesstaat errichten wollen und so sympathische Figuren wie den Pierre Vogel hervorbringen, die auch in Graz die Plattform bekommen zu predigen, dass das federführend zum Beispiel aus Bosnien heraus

operiert. Und ich frage jetzt schon, sind die Bosnier, die Bosniaken in Graz davon völlig isoliert, völlig unabhängig, haben damit überhaupt nichts zu tun mit diesen Entwicklungen auch in Bosnien? Das mögen vielleicht Sie glauben, das mag auch der Herr Bürgermeister glauben, der Verfassungsschutz, meine Damen und Herren, ist da anderer Meinung und auch einige hochrangige namhafte Polizisten dieser Stadt, die sehen das anders, die sagen, gerade mit einem Bau wie dieser Moschee ist es natürlich auch ein weiterer Anziehungspunkt für radikale Kräfte aus Bosnien und natürlich gibt es hier Verbindungen auch nach Bosnien hinunter, es sind Grazer Kennzeichen bei einschlägigen Gotteshäusern und Moscheen in Sarajevo gesehen worden und, und, und. Das sind alles Warnungen, Hinweise des Verfassungsschutzes, die hier so salopp übergangen werden, vom Tisch gewischt werden und überhaupt nicht ernst genommen werden. Und abschließend, lassen Sie mich noch einen Aspekt einbringen, und das ist uns das Wichtigste, wir warnen einfach vor einer Einflussnahme aus solchen Ländern, wo die Scharia gilt und da lassen wir uns auch nicht von so einem Brieflerl, und wir werden nachher noch die Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren, weil ich habe da auch ein paar Dinge drinnen gefunden. Aber da lassen wir uns nicht von so einem Brieflerl auch davon abbringen. Aus Ländern, in denen die Scharia gilt, wo, und wir haben es erst am Anfang dieses Jahres erlebt in den Vereinten Arabischen Emiraten, wo eine Österreicherin vergewaltigt worden ist mit der Folge, dass sie festgehalten worden ist, dass ihr der Pass abgenommen worden ist mit dem Argument, außerehelichen Geschlechtsverkehr betrieben zu haben, sie ist mehrere Tage festgehalten worden, ihr wurde die Ausreise verhindert, das Gleiche ist einer Norwegerin passiert und erst durch den internationalen berechtigten Druck haben dort die Behörden die Damen freigelassen. Das Gleiche, weil man gerade in dieser Wurst-Hysterie auch sind, die Vereinten Arabischen Emirate sind ein Land, wo die Homosexualität mit dem Tode bestraft wird und das nennt dann die bosnische Gemeinde, die Arabischen Emirate sind wie Kuwait dem westlichen Leben aufgestoßen, nein, Mahlzeit, das ist mit Sicherheit nicht das Werteverständnis, das wir hier in unserer Stadt haben wollen und wo man sensibel

sein muss, dass diese Einflüsse nicht auf diesem Weg auch in Graz passieren (*Applaus FPÖ*). Das mag jetzt ein erfolgreicher Geschäftsmann sein oder nicht, das ist unbestritten, der wird seine 500.000 Euro redlich verdient haben, das wird auch ein erfolgreicher Geschäftsmann sein, aber es geht auch immer um die Frage, was sind die Hintergründe, wie kommt man dazu, dass man 500.000 Euro einfach so in ein Moscheeprojekt in Graz investiert. Und da muss man einfach sensibel sein, da wollen wir volle Transparenz, volle Aufklärung, um nichts anders geht es in diesem Antrag und wir wollen einfach auch vorbeugen und Mechanismen schaffen, dass wir in Zukunft auch schauen können, wo kommen diese Spenden her, welche Kräfte sind da auch am Werk und stehen da im Hintergrund.

Und deshalb möchte ich folgenden Antragstext verlesen:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Herr Bürgermeister, der sich ja im Vorfeld persönlich von den lauterer Absichten der bosnischen Muslime überzeugt hat und sich in der Folge persönlich für dieses Projekt stark gemacht hat, wird höflich ersucht, die angesichts der jüngsten Entwicklungen entstandenen Befürchtungen an die bosnisch-muslimische Gemeinde heranzutragen. Herr Bürgermeister Nagl wird daher gebeten, den bosnischen Muslimen seitens des Gemeinderates der Stadt Graz den Vorschlag zu unterbreiten, die aus dem Ausland kommenden Geldflüsse, welche dem Bau der Moschee in Graz dienen, detailliert offenzulegen.
2. Die zuständigen Stellen werden ersucht zu prüfen, wie eine derartige Offenlegung erfolgen kann, ohne dass hierbei die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes verletzt werden. Zudem werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz ersucht zu prüfen, welche Möglichkeiten im behördlichen Genehmigungsverfahren derzeit noch bestehen, um eine Nutzung des Bauwerkes als Moschee zu unterbinden, sofern eine entsprechende Kooperation der bosnisch-muslimischen Gemeinde unterbleibt.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Herr Klubobmann, du hast auch ein bisschen die Zeit überzogen am Anfang. Ich darf dir den Brief vorlesen, der an die Klubobleute und an die Stadtsenatsmitglieder heute auch in der Früh noch ergangen ist, weil ich habe gesehen, die Ingrid Bergmann hat mir zurückgeschrieben, sie hat ihn jetzt zum Beispiel erst gesehen, jetzt weiß ich nicht, ob ihn der Klub bekommen hat. Ich werde ihn dann, zumindest in den wichtigsten Passagen, vorlesen und ich darf auch zeigen, weil wenn man sich erkundigen will und wissen will, was los ist, dann findet man diese Dinge und sie sind aufgeschlagen an der, in dem Fall am Gebäude des islamischen Kulturzentrums der Bosniaken und dort sind alle Spender über 3.000 Euro aufgelistet. Die Listen werden auch jeden Monat ergänzt. Wenn man dort vorbeischaut, findet man auch diese 240.000 Euro, die bis jetzt eingetroffen sind von dem Sponsor, seit 1. Dezember an der Tür hängen. Also es ist weder neu noch irgendwas im Geheimen passiert und ich glaube auch, dass es so sein wird, dass Sponsoren für dieses Zentrum von dort kommen werden, so wie auch in diesen Ländern die Kirchen nicht von arabischen Scheichs unterstützt werden, sondern in der Regel von Konzernen, vor allem aus den USA, zum Teil vom Vatikan, das heißt, es ist selbstverständlich, wo man in der Minderheit ist, dass Sponsoren meistens, die viel Geld haben, nicht gerade im eigenen Land sitzen. Zu Bosnien, den Befund, ich würde dich wirklich einladen, ich fahre Ende August, fahre ich jetzt vier Tage nach Bihac noch dazu mit lauter Grazern, die durchaus, glaube ich, für dich auch interessant sind, fahre einfach mit, es ist eine Fahrt nach Bihac, es waren heute übrigens auch junge Studierende aus Bihac da, waren, glaube ich, 17 Damen und fünf Herren, kein Einziger hat ein Kopftuch aufgehabt. Also woher du deine Informationen hast über Bosnien, und ich glaube, dieses Land kenne ich wirklich gut, weil ich es auch wirklich oft sehe, dass es dort große Probleme gibt im Zusammenleben zwischen der serbischen

Bevölkerung und der bosnischen, dass es dort viel zuviele Politiker gibt und das Land in x Kantone aufgeteilt ist, die miteinander schwer können, dass es endlich auch eine Bürgerbewegung gegeben hat im heurigen Jahr, die sich dagegen gewehrt hat, dass das Geld für alle möglichen Dinge ausgegeben wird, nur nicht für Schulen und Infrastruktur. Das ist alles eine an und für sich positive Entwicklung und dass es auch ein paar Orte gibt, wo sich Salafisten festgesetzt haben, ist auch eine Tatsache, es stimmt, dass Saudi-Arabien dort versucht hat, Einfluss zu nehmen, aber die sitzen bitte wirklich irgendwo im Winkel, im Südosten von Bosnien und sind bei weitem nicht der Mainstream der Menschen, die in dem Land leben und ich möchte auch bitte nicht, dass dieses Land so dargestellt wird, der ORF hat sich gerade bemüht, am Europatag in einer hervorragenden Veranstaltung im Funkhaus dieses Bosnien auch entsprechend darzustellen und daher nicht versuchen, einen sehr positiven Dialog, den wir auch im Vorjahr begonnen haben, und ich darf dich zu einem zweiten Termin einladen, es wird das Dialogforum, da sind die Muslime, Juden und Christen, die sich in einem Forum auch regelmäßige treffen, es wird auch der Superintendent Miklas da dabei sein am kommenden Mittwoch um 11.30 Uhr, hier bei uns eine Pressekonferenz geben, also bitte auch zu solchen Veranstaltungen kommen und einfach dort die Fragen stellen und nicht immer mit Vorwürfen versuchen Stereotype zu bedienen, die einfach nur dazu da sind, um vielleicht noch ein paar Stimmen für die FPÖ herauszuhauen, die da irgendwo die Islamophobie so ein bisschen internationalisiert haben. Also ich bin da wirklich, wenn es um Transparenz geht, und ich glaube, es gibt kaum eine Parteikirche oder etwas Ähnliches, die so transparent ihre Mittel zur Zeit veröffentlichen, wie das dieser Verein tut, da bin ich grundsätzlich sehr dafür, aber dann ihnen auch noch zu unterstellen, dass, obwohl sie das machen, das im Geheimen, im Verborgenen und hinten herum, wenn was drei Monate oder vier Monate an einer Wand pickt und dort steht, wenn es veröffentlicht worden ist in einer Presseaussendung, wenn auch ein Journalist das weiß und es trotzdem schreibt und sagt, er hat es aufgedeckt, obwohl nichts zum Aufdecken war, dann denke ich mir, dann ist es eher der Versuch, Unfrieden zu stiften, den vorgegebenen Frieden zu

stören und dieser Friede und dieses positive Miteinander sollte das Ziel in unserer Stadt sein. Ich darf ganz kurz diesen Brief in den wichtigsten Passagen vorlesen: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Bau des Zentrums wird insgesamt und zehn Millionen Euro kosten, wobei der Anteil des Bauabschnittes 1, Moschee, rund 3,2 Millionen beträgt. 1,5 Millionen Euro sind bisher seit 2011 durch Spenden aus der Gemeinde zusammengekommen. Damit haben wir unter anderem den Grund von Seiten der Holding Graz erworben, als auch alle notwendigen Basisanschlüsse finanziert, parallel dazu sind wir natürlich auf Spendersuche, und so wie das auch bei christlichen Gemeinden im Minderheitsgebieten üblich ist, suchen wir die Spender nicht nur in unserer Gemeinde, sondern dort, wo Geld ist und wo eine Bereitschaft vorherrscht, unser Projekt zu akzeptieren. Fakt zur Spende aus den Arabischen Emiraten: Pfarrer Bin Hamoodah, Besitzer von Bin Hamoodah Company, auch die Homepage dabei, ist ein Unternehmer. Es gibt in diesen Ländern keine Steuerpflicht. Wesentliche staatliche Ausgaben wie Schulen, Gesundheit und Infrastruktur finanziert der Scheich beziehungsweise der Emir. Weil es keine Steuer gibt, ist es obligatorisch, 2,5 % der jährlichen Ersparnisse oder des Vermögens zu spenden und an die Religion weiterzugeben, da dies bekannt ist, werden Projekte auch weltweit bei solchen Herrschaften eingereicht. Der Herr Hamoodah besitzt in München ein großes Penthouse, hat auch die Moschee Penzberg unterstützt und hat den Bezug zu Österreich deshalb, weil er sechs Wochen im Sommer in den österreichischen Bergen urlaubt. Die Geschäftsleute, die Spenden nach Europa geben, sind in der Regel sogenannte Mainstream-Islam Verfechter und sind strikte Gegner der Extremisten, da diese radikalen und gewaltbereiten Truppen auch in ihren Ländern versuchen, das System zu entstabilisieren.

Dann schreibt er noch zum Herrn Mekic, der der Vorsitzende ist von dieser Gemeinschaft, er wurde vor acht Jahren vom größten europäischen Konzern für Halbleitererzeugnis NXB angeworben, ihm wurde angeboten, entweder nach Dresden, Amsterdam oder nach Graz zu kommen. Er hat sich für Graz entschieden, ist mit seiner Familie als Schlüsselkraft hierhergezogen, hat innerhalb nur eines Jahres

die deutsche Sprache erlernt, die er nun neben Bosnisch, Englisch und Arabisch spricht und hat sich von Beginn an für unseren Verein eingesetzt. Er wurde von Außenminister Kurz deshalb auch gebeten, in sein Team der Integrationsbotschafter zu kommen, was er gerne getan hat. Seither hält Herr Mag. Mekic auch Vorträge in Oberstufenklassen. Dann geht es um diese 500.000 Euro noch einmal, um diese Spendentafel, die wird erklärt: Als vor zwei Jahren feierlich der Grundstein für das islamische Kulturzentrum gelegt wurde, waren wir überzeugt, dass dies auch ein symbolischer Grundstein für das Miteinander sein sollte und wir den 20-jährigen Weg des interreligiösen Dialogs unserer Gemeinde fortführen und intensivieren können. Wir sind diesen Weg im vergangenen Jahr mit der aktiven Teilnahme an der interreligiösen Konferenz Com Unity Spirit gegangen und werden ihn auch in Zukunft gehen. Für uns kann es in Graz nur ein Miteinander und kein Nebeneinander geben und schon gar kein Gegeneinander. Wir wollen ein respektvolles Miteinander. Bezugnehmend auf die Spenden für das Islamische Kulturzentrum Graz wollen wir noch einmal klarstellen, dass die Ideale und Zielsetzungen des Islamischen Kulturzentrums Graz durch keine Höhe der Spende käuflich sind. Sollte ein Spender Forderungen an seine Spende koppeln, werden wir gerne auf diese Spende verzichten. Ich schreibe das so ausführlich, weil wir uns alle bemühen, für dieses Österreich unseren Beitrag zu leisten und im Führungsteam unseres Vereines lauter Menschen sind, die ihren beruflichen Weg höchst erfolgreich in Österreich beschreiten. Wir sind daher sehr gut in der Lage abzuschätzen, wen wir uns als Spender für unser Projekt suchen, sicher nur jene Personen, die sich mit unseren Vorstellungen von Glaube und Gesellschaft identifizieren und die sich klar von Extremismus abgrenzen. Daher ersuchen wir Sie, negative Zwischenrufe von Seiten jener Journalisten, die oberflächlich versuchen, alte Denkmuster und Feindbilder zu bedienen, zu ignorieren. Wir leben gerne in dieser Stadt und wollen mit unserem Projekt ein besseres Miteinander in Graz erreichen, mit freundlichen Grüßen, Aldin Bektas, verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit.

Das heißt, wir werden dem Antrag die Dringlichkeit verweigern und dem Inhalt stimmen wir auch nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Sehr geehrte Damen und Herren, wertes Podium! Es ist dieser seltene Fall, wo ich jetzt gar nicht aufdoppeln will, was der Thomas Rajakovics gesagt hat, sondern ich will sagen, ich kann jeden einzelnen Satz von dir, Thomas, unterstreichen und er hat unsere volle Zustimmung. Darüber hinaus möchte ich noch auf etwas hinweisen, wir haben zum Beispiel in der Stadtpartei eine bosnische Kollegin, die die Finanzreferentin ist und die kein Kopftuch trägt, um das nur noch einmal zu erwähnen. Sie wird auch nicht damit anfangen, wenn sie von Ihnen erzählt kriegt, dass alle Bosnierinnen Kopftuchträgerinnen sind. Eines noch. Ich habe gestern mit dem Herrn Mekic vom Verein auch telefoniert, es ist ab heute auch einiges auf der Homepage zur Offenlegung der Spenden, es war schon immer so, wie es der Thomas gesagt hat, frei zugänglich in einem Bereich, wo jeder hingehen kann, sich das anschauen kann, das immer aktualisiert wird. Es ist jetzt auch noch dazu auf der Homepage, und in Sachen Transparenz will ich jetzt gar nicht mehr viel sagen, in Sachen von Transparenz von Spenden, sondern ich möchte ein Zitat vorlesen: „Aber ich habe ein bisschen Bauchweh und wenn ich mir anschau, was die Motive der Grünen sind, auch den gläsernen Parteikasten zu schaffen, wo man dann schön hineinschauen kann, ein bisschen schnüffeln kann, das gilt es einfach aus unserer Sicht mit Vorsicht zu genießen, denn sie wollen hier nur drinnen herumschnüffeln und da haben wir ganz einfach schlechte Erfahrungen gemacht.“ Zitat Armin Sippel, Sitzung des Gemeinderates vom 19. September 2013. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Also das war natürlich klar, dass diese Anwürfe, Islamophobie usw. kommen, das überrascht mich nicht. Nichtsdestotrotz glaube ich, ist es unser Auftrag, da auch zu versuchen, zumindest für Transparenz zu sorgen, gerade wenn es um solche Beträge geht, wir reden nicht von 3.000 Euro, sondern wir reden von 500.000 Euro einer Großspende aus einem Land, wo es mit Frauenrechten, was Ihnen ja auch wichtig ist, was mit Menschenrechten, wenn man auch auf den Umgang mit Homosexuellen schaut, ja nicht so weit her ist und da sind wir halt anscheinend die Einzigen, die da Sorge haben und uns auch sorgen um das Miteinander. Thomas, du hast das gesagt, das positive Miteinander in Graz. Natürlich sorgen wir uns darum, nämlich insbesondere dann, wenn es darum geht, wenn es um radikale Kräfte geht, die eben, so wie es uns der Verfassungsschutz sagt, und das ist die Quelle, von der wir das haben, dass eben da ein Anziehungspunkt besteht, wo auch diese Kräfte angezogen durch so eine Moschee dann unser Graz eben leider nicht bereichern, sondern eher belasten. Ja, wir machen uns Sorgen, wenn wir mitbekommen, dass in zumindest zwei Gebetsräumen in Graz Gotteskrieger für den Bürgerkrieg in Syrien rekrutiert sind, die in Moscheen sind Gott sei Dank nach längerer Zeit, hat eh lang genug gedauert, ausgehoben worden, die Ermittlungen laufen. Aber da machen wir uns Sorgen, wenn man so etwas auch in unserer Stadt, die sich immer als Menschenrechtsstadt hinstellt, mitbekommen muss. Ich mache mir auch Sorgen, wenn ich so wie heute in der Zeitung Österreich lese, dass eine 16-jährige Grazerin, eine Konvertitin, die sich aus freien Stücken, sei einmal dahingestellt, zum Islam bekannt hat, wenn die sagt, sie ist jederzeit bereit, für Allah in Syrien zu sterben, auch dann machen wir uns Sorgen, wir machen uns auch Sorgen, wenn anscheinend die Stadt Graz irgendwo als Anziehungspunkt für die Muslimbruderschaft gehandelt wird, auch wenn es dann nicht eingetreten ist, Gott sei Dank, aber wenn man da auch einige Ausführungen beziehungsweise Zitate auch aus den Reihen der SPÖ hört, dann wird mir Angst und Bange und dann mache ich mir Sorgen und genau um das geht es, das wollen wir auch hier auch aufführen, das wollen wir diskutiert haben (*Applaus FPÖ*). Genauso wie man auch diskutiert haben wollen beziehungsweise, anscheinend

ist es leider nicht möglich, da auch einmal eine etwas tiefergehende Diskussion zu führen, und die Zeilen, die da geschrieben werden, nicht einfach so hinzunehmen und unreflektiert zu lassen, weil wenn da nämlich steht, er hat auch für die Münchner Moschee in Penzberg eine ähnliche Summe zur Verfügung gestellt, dann möchte ich daran erinnern, dass die Moschee beziehungsweise der Verein in Penzberg mit dem bekannten Imam Benjamin Idriz Gegenstand des Verfassungsschutzberichtes des Landes 2010 war, damals hat der bayrische Innenminister gesagt, die Penzberger Gemeinde steht aus guten Gründen im Bericht des bayrischen Verfassungsschutzes...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Was wieder zurückgenommen wurde.

GR. Mag. **Sippel**: ...weil führende Mitglieder dieser Gemeinde Kontakte zu problematischen Personen unterhielten. Das hat sogar der Imam Idriz bestätigt, nur er hat natürlich klarerweise das als unproblematisch empfunden, die bayrischen Behörden haben das anders gesehen. Noch immer ist die Gemeinde in Penzberg, wo derselbe Herr eine Großspende getätigt hat, unter Beobachtung des bayrischen Verfassungsschutzes. Und wenn da drinnen steht, und da können wir jetzt eine breite und lange Islamdebatte führen, das wäre auch einmal interessant, wenn sich die ÖVP hier einmal entsprechend auch einmal die Zeit nehmen würde dafür, nämlich wenn da steht und ihr das auch wieder wegwischt, der Mainstream-Islam, was ist das, das würde ich gerne wissen? Es gibt nämlich in der Islam-Diskussion eben genug auch namhafte Islamforscher und Orientalisten, die sagen, dass es gar keinen Unterschied gibt im Islam, sondern dass der Islam ist und damit hat es sich. Das sagt zum Beispiel auch der Bonner Universitätsprofessor Tilman Nagel, die auf den ersten Blick bestehende Unterscheidung zwischen Muslimen und Islamisten geht ins Leere. Islam

und Islamismus sind solange nicht zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten als wahr ausgegeben werden. Und das sind genau die Punkte, das sind Problemstellungen, die da einfach so vom Tisch gewischt werden, es findet keine Diskussion statt, es wird immer nur geglaubt, dass das alles in Ordnung ist...

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: ...und ich sage zum Schluss, wir sind hier als Gemeinderat, auch ich als Anfragersteller und derjenige, der den dringlichen Antrag damals eingebracht hat, belogen worden. Wir sind belogen worden und ich kann nur abschließend sagen, wer einmal lügt, dem glaubt man nicht (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Klubobmann! Ich glaube, dass niemand hier im Saal, kein einziger Gemeinderat und kein Stadtregerer, die Diskussionen, die wir haben, auf die leichte Schulter nehmen. Wir haben eine klare Aufgabentrennung. Polizei und Verfassungsschutz ist eine Aufgabe des Bundes und was ist die Aufgabe der Stadt Graz? Die Aufgabe der Stadt Graz ist hinzuschauen und den Dialog darüber möglichst ehrlich zu führen und wenn man zum Wort ehrlich greift, dann muss man sagen, dann muss man mit demjenigen reden, über den man spricht. Und ich habe so das Gefühl, dass die freiheitliche Partei diese Diskussion mit den Bosnierinnen und Bosniern, die sich jetzt bemühen, eben eine Moschee in Graz zu errichten, einfach nicht sucht und dort fängt die Schwierigkeit an. Die Aufgabe der Stadt Graz ist auch weltweit vielleicht, auch als Menschenrechtsstadt, einen Weg aufzuzeigen, wie man mit verschiedenen Religionsgemeinschaften, und Sie wissen genauso gut wie ich, wie

viele Religionsgemeinschaften wir in der Stadt haben, ein Beispiel zu zeigen, wie dieses Zusammenleben klappen kann. Und das ist traurig genug, wenn sich auch Grazerinnen und Grazer melden, um an einem Krieg in Syrien teilzunehmen. Da meldet sich im Übrigen auch die Bundespolitik sofort, die Innenministerin, und macht Vorschläge und sagt, das kann nicht sein, es sind, wenn ich so sagen darf, auch angehalten genau hinzuschauen, wo sich Fundamentalismus breit macht, wo es um die Gefahr für einen Staat oder für Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geht. Aber ich glaube, wir haben uns immer darauf verstanden, den Weg gemeinsam zu suchen, wie es klappen kann und es auch darzustellen. Und jetzt haben wir mit der bosnischen Gemeinde eben Persönlichkeiten, die auf uns zugehen, die mit uns zusammenarbeiten, die das offen und transparent herzeigen. Es ist nichts verheimlicht worden, und wenn das Beispiel Penzberg kommt, da hat es gegeben diese Diskussion, aber soweit ich weiß, ist ein Jahr später die Geschichte aufgelöst gewesen, das wird immer so dargestellt, als wäre das ein schlechtes Beispiel, in München hat man auch ein gutes Beispiel. Vielleicht sind wir dann auch ein gutes Beispiel und ich hoffe, es werden noch manche folgen, dass man einmal zeigt, wie es gehen könnte und dass vielleicht auch diese Fundamentalisten irgendwann einmal ablassen von diesem wahnsinnigen Weg, der Länder und Familien und Menschen in den Abgrund reißt, wie wir das in Syrien gerade erleben. Das ist ja unvorstellbar, was dort los ist und es ist leider auch noch nicht gelungen, mit der UNO und mit allen Staaten dieser Erde dort so zu vermitteln und so zu helfen, dass die Kinder, Frauen und Menschen, die dort leben, auch die Männer, die dort leben, wieder irgendwo eine Perspektive haben. Ich habe mir jetzt die Bilder aus Syrien angeschaut im Fernsehen, was aus diesem Widerstandsnest, das es dort gegeben hat, geworden ist, das ist ja ein einziges Trümmerfeld. Wir, die wir in der Kommunalpolitik sind, wenn man die Bilder sieht, da ist alles kaputt, da gibt es überhaupt keinen Lebensraum mehr, da ist alles ausgelöscht. Und die Frage ist, was wollen wir und der Weg, den wir gehen wollen, ist der Weg des Dialogs. Jetzt haben wir Gott sei Dank Partner, die mit uns vom Anfang an gesagt haben, wir wollen es mit euch machen. Wir sagen klar und

deutlich, was wir wollen und was wir nicht wollen. Wir grenzen uns ab von Menschen, die fundamentalistisch sind, wir machen den Wettbewerb mit euch, wir gehen auch in Architekturfragen, wenn ich so sagen darf, mit euch auf die Problemstellung von Minaretten und anderen Dingen zu. Und denen soll man jetzt, wenn ich so sagen darf, die Hand verwehren und sie attackieren? Das ist nicht fair und das ist, wenn ich so sagen darf, die Schwierigkeit und wenn es Fundamentalisten gibt und wenn Menschen in Gefahr sind, dann haben wir alle dieselbe Sorge und dann werden wir alle mitanpacken, aber trennen wir vielleicht auch klar die Aufgaben, wer welche hat und ich spreche oft genug mit unseren Polizeivertretern, wie ihr das wahrscheinlich auch tut und da gibt es manches, was uns, wenn ich so sagen darf, ordentliche Sorgen bereitet und deswegen brauchen wir noch mehr Aufklärung, deswegen müssen wir noch vielleicht stärker in die Schulen gehen. Ich habe einmal vor einigen Jahren den Vorschlag gemacht, dass wir in Punkto Ethikunterricht einmal auch hineingehen als Pflichtgegenstand, um alle, die heute mit Religion eigentlich schon gar nichts mehr am Hut haben, aufzuklären, dass es ein Miteinander gäbe und das kann nur der Weg sein. Also ich glaube, Aufklärung, aufeinander zugehen, Beispiele zu setzen, dass es auch klappt und wir schauen sehr genau hin, das besprechen wir auch mit unserer Polizei und mit unserem Verfassungsschutz und wir sollten auch darüber nachdenken, was unsere Polizei braucht, damit sie jenen das Handwerk legen können, die solche böartigen Absichten haben, weil da gibt es, glaube ich, einiges, was wir auch auf Bundesebene an Gesetzen noch verändern könnten. Weil wenn ich allein daran denke, dass es sehr, sehr schwierig ist für unsere Polizei, in Vereinen zu ermitteln und dass sie gar nicht, wenn ich so sagen darf, ermitteln können. Im Fall Syrien gab es jetzt zumindest einmal oder im Zusammenhang mit den Grazer Kämpfern in Syrien gab es jetzt einmal eine Durchsuchung, da bin ich auf die Ergebnisse gespannt, aber ich glaube, da sollte man einfach einmal schauen, was kann die Politik und letzten Endes soll der Gesetzgeber auf Bundesebene auch tun, um unsere Polizei bei dieser Arbeit zu helfen. Unsere Aufgabe ist es zu vermitteln und einen Weg aufzuzeigen und den

wollen wir weitergehen und ich will nicht auf die Hände schlagen, die uns die Bosnierinnen und Bosnier, die einen wertvollen Beitrag in unserer Stadt leisten, viele fleißige Menschen, ich kenne jede Menge Menschen, die intelligent, fleißig an der Zukunft arbeiten, mitaufbauen, aus ihrem eigenen Leben enorm viel einbringen, sprachlich gut unterwegs sind, die Botschafterinnen und Botschafter Österreichs im südeuropäischen Raum sind und die sollte man fördern und nicht hinter jedem gleich einen Staatsfeind vermuten. Aufpassen müssen wir, das werden wir auch, aber ich glaube auch, dass ich da im Namen aller spreche, dass wir das nicht so nach dem Motto, ihr habt die Warnung ausgesprochen und ihr seid die Einzigen, die sich darum kümmern. Ich glaube, das soll man einmal klar differenzieren. Jeder hat seine Aufgabe, die Stadt auch, die Polizei auch und im Gespräch sind wir und wenn es zu handeln gilt, werden wir das gemeinsam tun (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Kostensenkung bei Verlängerung von befristeten Lenkerberechtigungen für Mindestpensionisten und Personen mit niedrigem Einkommen – Petition an den Bundesgesetzgeber

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Danke für die Einleitung vom Herrn Bürgermeister, wir kommen wieder zu einem Verkehrsthema und es gibt einige dringliche Anträge, die auf eine persönliche Geschichte zurückgehen und bei diesem Antrag handelt es sich um so eine. Eine Nachbarin meiner Eltern ist an uns herangetreten und sie hat folgenden Umstand geschildert: Sie ist eine Mindestpensionistin, aufgrund ihrer Behinderung erhält sie den Führerschein befristet immer nur auf ein halbes Jahr. Danach muss sie zum Amtsarzt gehen, absolviert dort die Untersuchungen und erhält die Fahrerlaubnis wiederum für sechs Monate. Bei jeder dieser Kontrollen entstehen für sie Kosten in der Höhe von 200 Euro. Das ist bei einer Mindestpension und bei kleinen Einkommen natürlich eine Menge, aber sie ist aufgrund ihrer körperlichen Einschränkung einerseits auf das Fahrzeug angewiesen, andererseits, wie gesagt, kann sie mit der kleinen Pension nur schwer die ständig anfallenden Kosten tragen. Wir haben dann recherchiert, das sind dann zahlreiche Personen, Mindestpensionisten und Leute mit kleinen Einkommen, die über einen befristeten Führerschein verfügen in Graz, und um das abzuschließen, der Motiventext liegt ja vor. Zusammengefasst sage ich, sollte es ja im Sinne der öffentlichen Hand sein, jene Personen zu unterstützen, deren Einkommen nicht ausreicht, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Zumindest muss es im Sinne der öffentlichen Hand sein, solchen Personengruppen keine unnötigen weiteren Kosten zu überbinden. Aus diesem Grund rege ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an, Personen, die zu den unteren Einkommensgruppen zählen beziehungsweise Personen, die Beziehher von Mindestpensionen sind, bei der Verlängerung von befristeten Führerscheinen von der anfallenden Gebühr zu befreien. Den solcherart betroffenen Bürgern ist auch die amtsärztliche Untersuchung kostenfrei zu stellen.

Es ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, eine Petition an den Bundesgesetzgeber zu verfassen, die sich mit der im Betreff genannten Thematik befasst und deren Ziel es sein soll, beim Bundesgesetzgeber eine Kostenfreistellung für die im Motivenbericht genannten Personenkreise im Falle der Verlängerung befristeter Führerscheine zu erwirken.

Ich bitte um Ihre Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 18.20 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Ing. **Lohr**: Ich hoffe, dass es jetzt eher die Zustimmung ist, das alle schweigen lässt und dass die Sitzung schon lange dauert, aber ich nehme das als Zustimmung. Danke, dass Ihr das Problem erkennt, ich hoffe, dass die Beamtenschaft oder ich bin überzeugt, dass da ein guter Petitionstext dann zustande kommt, den man nach Wien schicken, danke für die Zustimmung und wir werden sicher von dem Thema wieder hören (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Bedarfserhebung sowie daraus abgeleitetes Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Angebots an zentrumsnahen Fahrradabstellplätzen

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Martina, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wir haben die Situation, dass wir aus unserer Sicht und hoffentlich aller unserer Sicht eine zunehmende und steigende Anzahl von Radfahrerinnen und Radfahrern haben, die in der Stadt Graz viele ihrer Wege oder die meisten ihrer Wege mit dem Fahrrad zurücklegen. Natürlich auch oftmals Orte und Punkte in der inneren Stadt beziehungsweise in zentrumsnahen Lagen aufsuchen. Das ist nicht nur ein Vorteil für die Menschen, die Rad fahren, weil es eine gesunde, eine ökologische aber auch eine sehr kostengünstige Art der Fortbewegung und der Mobilität ist, sie ist auch für Wirtschaftstreibende von Vorteil. Diese Menschen gehen natürlich auch einkaufen oder ziehen sonstigen Nutzen aus den Angeboten, Gastronomie, Freizeitbetriebe etc. und es hat Vorteile für Anwohnerinnen und Anwohner, da weniger motorisierter Verkehr in die innere Stadt kommt. Deswegen sollte nicht nur die Fahrradinfrastruktur zum Fahrradfahren sukzessive verbessert werden und weiterbetrieben werden, um hier die Angebote dementsprechend dem steigenden Bedarf anzupassen, sondern es sollten auch die Abstellanlagen für Fahrräder dementsprechend weiter ausgebaut werden. So ist in der letzten Gemeinderatsperiode eine Phase gewesen, wo man einen zusätzlichen Radabstellplatzzuwachs hatte, der davor noch nie da war, es sind rund 1.400 zusätzliche Radabstellplätze in der gesamten Stadt geschaffen worden. Damit kann man sich nicht zufrieden geben, wie gesagt, die Rahmenbedingungen verändern sich, es fahren noch mehr Menschen noch mehr Wege mit dem Fahrrad. Wir haben auch aus anderen Gründen heraus, Stichwort wachsende Stadt, immer mehr Menschen, die unterwegs sind mit verschiedenen Verkehrsmitteln, auch mit dem eigenen Kfz,

mit den Öffi und wie gesagt mit Fahrrad und Elektrofahrrad, Handlungsbedarf, wir haben aber auch aus dem Grund Handlungsbedarf, dass die vor kurzem veröffentlichten Ergebnisse der Mobilitätserhebung der Grazer Wohnbevölkerung 2013 leider einen Trend dargestellt haben, dass der Gesamtanteil der gefahrenen Kilometer und gefahrenen Wege im Vergleich zur Gesamtmobilität der Grazerinnen und Grazer in Bezug auf das Radfahren um gut 1,5 %, von 16,1 auf 14,5 % zurückgegangen ist. Um dem entgegenzuwirken, um unsere Feinstaub- und unsere Luft-, unsere Lärmsituation, aber auch die Platzproblematik, die zum Beispiel steigender Kfz-Verkehr mit sich bringt, in den Griff zu bekommen oder nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, braucht es auch hier Maßnahmen, um die Situation für die sanften Mobilen, in dem Fall für die Radfahrer, zu verbessern. Vor kurzem hat es durch den Herrn Verkehrsstadtrat eine Initiative gegeben, Parkflächen für motorisierte Einspurige festzulegen, dem ist grundsätzlich einmal neutral zu begegnen, das Problem, das sich daraus erkennen lässt ist, dass sehr viele Abstellflächen für nicht motorisierte einspurige, sprich für Fahrräder, herangezogen worden sind, um für die Motorisierten, also für die Mopeds, Motorräder usw., Abstellflächen zu schaffen. Das ging weniger auf Kosten des mehrspurigen Kfz. Wie gesagt, es besteht ein weiterer Handlungsbedarf an gewissen Punkten, man muss dazu kein echter Experte sein, keine echte Expertin, man erkennt als Laie, wenn Fahrräder in großer Zahl an irgendwelche Bäume oder sonstige Ecken oder Kellerfenster usw. gekettet werden und es gibt keinen Fahrradabstellplatz in der Nähe, dann besteht dort ein gewisser Handlungsbedarf. In diesem Sinne soll aus unserer Sicht, und daraufhin zielt der Antrag ab, den vielen Radfahrern um diese positive Entwicklung, die es gibt, die noch weiter unterstützt werden soll, erhoben werden, wo weitere Fahrradabstellflächen erforderlich sind. In der Innenstadt, im innenstadtnahen Bereich, einige Punkte, wo es sehr brennt, habe ich angeführt im Motivenbericht und diese Erhebung soll vom Herrn Verkehrsstadtrat beziehungsweise der Abteilung für Verkehrsplanung gemeinsam mit dem Fahrradbeauftragten der Stadt Graz und der Rad-Lobby ARGUS, das ist der Verein, der sich für die Interessen der Radfahrer hier in Graz seit vielen

Jahren einsetzt, gemeinsam erhoben werden. Dieses alles soll in einen Maßnahmenkatalog münden und dieser Maßnahmenkatalog beziehungsweise die Erhebungsdaten sollen dem Ausschuss und dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden.

Mein

dringlicher Antrag

lautet:

1. Der zuständige Verkehrsstadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird beauftragt, den nach wie vor bestehenden - und neuerdings sogar verschärften - Fehlbestand an qualitätvollen zentrumsnahen Fahrrad- sowie Elektrofahradabstellplätzen, insbesondere in vielen Straßenzügen und auf vielen Plätzen im Bezirk Innere Stadt, umfassend zu erheben.
2. Diese Bestands- beziehungsweise Fehlbestandserhebung hinsichtlich notwendiger und geeigneter Abstellflächen soll unter Hinzuziehung der Expertise sowohl des Grazer Radverkehrsbeauftragten als auch der RadlerInnen-Lobby, Verein Argus, durchgeführt werden.
3. Ein Bericht über die Ergebnisse dieser Erhebung von notwendigen zusätzlichen qualitätvollen Fahrrad- und Elektrofahradabstellflächen im öffentlichen Straßenraum des Grazer Zentrums sowie über ein Maßnahmenbündel notwendiger Verbesserungen soll dem Verkehrsausschuss sowie dem Gemeinderat bis spätestens Oktober 2014 in Form eines schriftlichen Informationsberichts zur Diskussion vorgelegt werden.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Haberler** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kollegen! Das ist ein sehr ein wichtiges Thema auch für uns von der ÖVP. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass unser Kollege, der Herr Bezirksvorseher Krainer, zwei Fahrradspiralen zur Tiefgarage am Mariahilferplatz beantragt hat, die werden jetzt gebaut, also in den nächsten Tagen umgesetzt. Uns ich auch wichtig, dass vor allem die Fahrradleichen zu entsorgen sind, also damit die bestehenden Plätze wirklich auch genützt werden können und wir werden diesem Antrag zustimmen in der Dringlichkeit und dem Antrag selber. Wir haben nur mit dem Absatz 2, da wünschen wir eine getrennte Abstimmung, ein bisschen ein Problem, weil welche Lobby das macht, sollte, finde ich und findet der Klub, ist Sache des zuständigen Stadtrates und wir können da jetzt nicht im Gemeinderat per dringlichem Antrag sagen, welcher Verein oder welche Organisation das macht, weil das wäre unseriös. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Hoher Gemeinderat! Schön langsam fange ich zu zweifeln an bei den Grünen. Ich weiß nicht, redet ihr nicht mit eurer Stadträtin oder wird im Klub zu wenig geredet, keine Ahnung? In letzter Zeit kommen immer wieder Anfragen, die irgendwie widersprüchlich sind. Ich kann mich erinnern, dass vor ein paar Jahren die Frau Stadträtin, damals Vizebürgermeisterin, gesagt hat, die Fahrradständer müssen raus aus der Stadt. Ich kann mich erinnern, dass etliche Fahrradständer auf dem Hauptplatz, am Jakominiplatz, am Bahnhof entsorgt worden sind und dass manche Radfahrer gar nicht die Möglichkeit gehabt haben, die vielleicht inzwischen auf Urlaub, krank oder wie auch immer waren, ihr Rad noch abzuholen, weil das war auf einmal weg. Und ich zitiere die Kleine Zeitung vom 30.3.2010 von der damaligen Frau Vizebürgermeisterin: Das größte Problem sieht die Grazer Verkehrsreferentin Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, Grüne, nicht so sehr im Mangel an Fahrradabstellplätzen. Rücker: Wir haben im letzten Jahr eine ganze Reihe von

Ständern aufgestellt, so etwa am Eck Sporgasse, die Kapazität sei aber beschränkt. Dann frage ich mich, warum heute so ein dringlicher Antrag kommt (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, das ist jetzt meine letzte Wortmeldung heute, aber Kollege Antragsteller Karl Dreisiebner hat es ja wieder herausgefordert. Es ist, wie man es heute schon gehabt haben, auch wieder ein Antrag, den man nicht brauchen, ist in der Fragstunde ausführlichst schon behandelt worden und beantwortet worden. Eben weil man nicht aufgepasst hat, darf ich es noch einmal zusammenfassen und die Eckpunkte darlegen. In einem Punkt stimmt es. In letzter Zeit werden Fahrradabstellplätze stark von einspurigen Kraftfahrzeugen, Mopeds und Motorrädern mitbenutzt, darauf wird ja jetzt reagiert und der zuständige Stadtrat hat ja die neuen Maßnahmen schon durchsetzen lassen. Um eben wieder mehr Abstellplätze dem Radverkehr zuzuführen, gibt es eben neue Abstellplätze für die einspurigen Kfz, einspurige Kfz; die eben danach auf den Fahrradabstellplätzen abgestellt werden, werden von den Straßenaufsichtsorganen ermahnt, in weiterer Folge natürlich bestraft. Es werden vier Pkw-Stellplätze während der Sommermonate nicht mehr in der Innenstadt benutzbar sein, da an diesen Stellen eben die einspurigen Kraftfahrzeuge ermöglicht werden. Die Holding Graz beginnt eben mit der Umrüstung dieser Abstellplätze in der 21. Kalenderwoche und bis Ende Mai ist das abgeschlossen. Das heißt, vom Antrag bleibt nichts mehr über, die Verbesserungen setzt der Stadtrat momentan um, es hat hier eben keinen weiteren Bedarf, daher finden wir, dass der Antrag unnötig ist und auch abgelehnt wird (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreiebnner**: Lieber Kollege Lohr! Die Behauptung, dass es zu keiner Reduktion für die nicht motorisierten Einspurigen kommt, die habe ich sehr wohl gehört, zum einen zielt mein dringlicher Antrag ja nicht darauf ab, die Anzahl gleich zu belassen, sondern an bestimmten Punkten, wo es notwendig ist, aufgrund dieser Erhebung, Evaluation mehr Abstellplätze für Einspurige zu schaffen, weil, und das war auch ein Teil meines Antrages, weil wir hier permanenten Handlungsbedarf haben. Weil immer mehr Menschen mit dem Fahrrad kommen, vor allem im innenstadtnahen Bereich, und diesen Menschen hier eine Qualität anzubieten sowohl beim Fahren als auch beim Abstellen, das wäre etwas, was ich für dringlich und für wichtig halte und ich hoffe, die Mehrheit hier im Gemeinderat folgt dieser Intention. Ich glaube nicht, dass man, wenn man einige Quadratmeter beziehungsweise einige Stellflächen den motorisierten Einspurigen zur Verfügung stellt, dass damit das Problem für die motorisierten Einspurigen ein- für allemal gelöst ist. Ich sehe da auch relativ viele davon und ich kenne die Punkte, wo das geändert wird zugunsten der Motorisierten. Ich glaube nicht, dass das ausreicht. Das heißt, am Ende werden wir dann wieder irgendwo ein Problem haben, so wie wir es eben auch bei den nicht motorisierten Einspurigen haben. Es besteht hier wie dort permanenter Handlungsbedarf und meiner Priorität darf ich, auch wenn es dem Kollegen Lohr nicht so gut passt, auf die nicht motorisierten Einspurigen, sprich die Fahrräder, wo man wirklich in die Pedale tritt oder auch elektromotorisch unterstützt wird, setzen, das ist mir das Anliegen. Ich sehe die Problemstellungen hier und ich sehe hier nicht diese permanente Verbesserung, die es braucht, damit wir beim Modal Split und damit bei der Verkehrsmittelwahl in Graz deutliche und entscheidende Änderungen haben. Dass die Fahrradständer in der Innenstadt nicht notwendig seien, liebe Kollege Katholnig, das glaube ich nicht, dass Lisa Rücker, das so gesagt hat.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Wörtlich zitiert, kann man nachlesen.

GR. **Dreieibner:** Du hast die Kleine Zeitung in Bezug auf den Mangel an Abstellflächen und auf das Platzproblem zitiert, den ersten Teil, das habe ich nicht als Zitat wahrgenommen, aber ich recherchiere das gerne, aber ich lasse es mir von dir auch gerne geben und wie man sieht, das Thema, dass Fahrradleichen oder scheinbare Fahrradleichen auch ein Problem sind, kommt gleich bei zwei Wortmeldungen, eben bei dir, Karin, und beim Stefan Haberler vor. Der eine fordert die Entfernung, dafür gibt es ja einen Partner beziehungsweise auch einen Mechanismus, wie man das betreibt und der andere oder die andere, in dem Fall Karin Katholnig, sagt, da sind Fahrräder zu schnell verschwunden. Ja, das ist das Problem. ARGUS, der Verein ist aus meiner Sicht ein überparteilicher und ich glaube nicht nur aus meiner Sicht, sondern auch aus der Sicht des Vereines selbst, ein überparteilicher und seit langen Jahren als Partnerin und Partner nicht nur der Stadt Graz agierender Verein in Sachen Radfahren, sondern auch ein Partner des Landes Steiermark und ein Partner der Exekutive. Immer werden gemeinsame Aktivitäten, Aktionen, von Fahrradreparatur bis Zitrone, vergeben für Fehlverhalten, und Dinge dieser Art mit ARGUS zusammen gemacht. Für mich ist ARGUS einfach eine legitime Vertreterin als Verein für die Interessen der Radfahrerinnen und Radfahrer. Und dahingehend würde ich genauso fragen, warum bei diversen anderen Angelegenheiten andere Vereine zum Beispiel eingebunden werden, wenn...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Ehrenamtlich.

GR. **Dreieibner:** Ich freue mich, wenn es solche Lobbyisten gibt, die erstens ehrenamtlich und zweitens so nett arbeiten, da freue ich mich wirklich. Wie gesagt,

das gefällt mir jetzt wirklich und damit schließe ich, weil das ist mir einfach zu gut
(Applaus Grüne).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Punkt 1 des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Punkt 2 des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Der Punkt 3 des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

11) Petition an Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser: Kritische Prüfung der Umsetzung des Konzeptes der Sozialraumorientierung in Graz unter Einbeziehung von Trägern und MitarbeiterInnen sowie Hinzuziehen von externen Expertinnen und Experten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich denke mir, der Motivenbericht ist hinlänglich bekannt hier. Ich möchte gleich einmal mit etwas anfangen, freue mich, dass die Ingrid

Krammer vom Jugendamt anwesend ist. Es hat einen Steuerungsbedarf gegeben im Jugendamt vor der Einführung der Sozialraumorientierung. Wir waren damals, wie Sie wissen, als grüne Fraktion mit dabei und haben der Einführung der Sozialraumorientierung zugestimmt. Auch wenn du, liebe Martina, mir über die Zeitung ausrichten lässt, dass wir an Amnesie leiden, wir haben einen gesunden kritischen Geist, was nicht die gleiche Diagnose vielleicht ist wie Amnesie, deswegen versuchen wir seit sehr langer Zeit immer wieder, dem Thema Sozialraumorientierung einen Raum zu verleihen. Es ist so, dass dieses Konzept seinerzeit am Reißbrett entworfen wurde und wie es bei Konzepten ist, die müssen Lebendigkeit bekommen dadurch, dass sie umgesetzt werden. Diese Lebendigkeit ist in vielen Dingen gut gelungen, wird von vielen mitgetragen, vor allem im Bereich der Träger, die mit der Umsetzung beauftragt sind, gibt es viele und große Zustimmung, aber es gibt auch kritische Punkte und es gibt kritische Stimmen. Was ich sehr bedenklich finde ist, dass auf die kritischen Stimmen der ExpertInnen weder extern noch intern gehört wird und als interne ExpertInnen würde ich sehr gerne die MitarbeiterInnen in den vier Sozialräumen bezeichnen. Die haben viel Expertise vorher schon gehabt auch in der Umsetzung, jetzt eingebracht und das Bedauerliche ist, dass diese MitarbeiterInnen intern nicht gehört werden. Es hat eine Evaluierung gegeben, in dieser Evaluierung gab es ein reines Aktenstudium, wo die Definitionen verglichen worden sind, die Ressourcenorientiertheit verglichen worden ist, aber es wurden die MitarbeiterInnen nicht gefragt. Ich war bei der Ausschusspräsentation eingeladen, dafür auch ein Danke, und habe mir diese Evaluierung sehr genau angeschaut und habe dort auch dem Vincent Richardt eine Frage gestellt, wenn ihr euch erinnert, und diese Frage war, warum wurden die MitarbeiterInnen nicht einbezogen? Er hat daraufhin gesagt, das ist eine Schwachstelle der Evaluierung und es ist so, dass eigentlich ursprünglich eine Dissertation geplant war, aber die ist leider nicht zustande gekommen. Ich habe in weiterer Folge eine Frage an dich gestellt im Gemeinderat, wie das nun sei, ob die MitarbeiterInnen nun von der Evaluierung in Kenntnis gesetzt werden würden, ob sie in ihrer Expertise Rückmeldungen einbringen

könnten, da hat es geheißen, es wird passieren. Ich habe wieder nachgefragt, es ist nicht passiert. Es ist die Unruhe mittlerweile sehr hoch, das wissen wir und ich finde das interessant, dass eben nicht dort diskutiert wird, wo es hingehört, im Jugendamt, und dort wo es umgesetzt wird, sondern dass wir es über die Medien erfahren, dass wir in den Parteien politisch damit involviert werden, immer mehr involviert werden. Ich war vor einigen Wochen auf der Sozialraumorientierungstagung in der FH, ich war die einzige politische Mandatarin dort, also neben der Lisa Rücker, die noch in einer Diskussion war, die sie geleitet hat...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Das stimmt nicht, ich war auch dort.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Dann tut es mir leid, dass ich dich nicht gesehen habe, aber in der Sozialraumorientierungsarbeitsgruppe habe ich dich nicht gesehen und da war ich ja mehr oder weniger den ganzen Tag und den folgenden Tag und dort waren sehr, sehr wichtige kritische Rückmeldungen von den TrägerInnen, von den SozialarbeiterInnen, es waren Leute eingeladen aus der BH, also Graz-Umgebung und andere, und es waren sehr wertvolle Hinweise, die dort gekommen sind und ich würde mir einfach wünschen, dass diese gehört werden. Du hast heute auf die Anfrage von der Christine gesagt, es gibt immer eine Antwort, es wird alles beantwortet. Wir haben vor kurzem die Anfrage gestellt, wie das nun ist mit der Frühförderung, wo ja eingespart worden ist, vom Gerhard Wohlfahrt, da kam dann ein Mail von dir, dass sich ein Mitarbeiter bei uns melden wird, er hat sich bis heute nicht bei uns gemeldet. Es hat dieses Gespräch nicht gegeben. Also, was ich damit sagen will ist, dass wir seit Wochen, seit Monaten immer wieder versuchen, ins Gespräch zu kommen, Stimme zu sein für die Leute, die kritische Rückmeldungen

haben, die die ExpertInnen sind und dem wird mit einem Dogmatismus innerhalb des Amtes gegenüber reagiert. Es ist für mich eine Frage des Führungsstils, wie man mit Kritik umgeht, wie man mit einer Fehlerkultur umgeht und wie man Leute motiviert. Es wurde immer wieder gesagt, nein, es ist so schwierig, na eh, die alten SozialarbeiterInnen, die haben ein großes Problem mit dem neuen System, ja haben sie, weil sie die Erfahrung hatten, wie es ist, unmittelbar in den Familien zu sein. Sie haben die Erfahrung, was es heißt, in sehr vielen Trägerbesprechungen auf einmal andere Beschlüsse in die Familien hinaustragen zu müssen, als sie eigentlich für die Familie als passend empfinden. Sie gehen damit zur Kinder- und Jugendanwaltschaft, die betroffenen Eltern gehen zur Kinder- und Jugendanwaltschaft, die auch immer wieder versucht, die Kritik zu formulieren, es ist was, was immer in externen Foren passiert. Ich würde mir wünschen, dass wir intern mit diesem Modell in eine gute Diskussion kommen. Dieses Modell wurde in Deutschland ja auch implementiert in verschiedenen Städten und es kam dort zur Einsetzung und Umsetzung, dort wo es reflektiert qualitätssichernd adaptiert worden ist. Es braucht eine qualitätssichernde Adaptierung, es braucht eine Einbeziehung der Expertise intern und extern. Wenn das passiert, hat dieses Modell eine Chance, sonst mache ich mir Sorgen, wie das im weiteren sich auswirken wird, nämlich auf das Wohl der Betroffenen, und das sind letztendlich die Kinder und Jugendlichen. Wenn wir weiter mit diesem Dogmatismus unterwegs sind...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck: Komm bitte zum Antragstext, du bist schon eine Minute drüber.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: ...wenn wir diesem Dogmatismus weiter folgen und diesen Unfehlbarkeitsanspruch weiter predigen, sehe ich ein großes Problem, dass der Widerstand zunehmen wird, dass die Fluktuation zunehmen wird, auch das geht zu Lasten der Kinder. Also meine dringliche Bitte, reflektieren wir und diskutieren wir das in dem Sinn, dass der Gemeinderat der Stadt Graz, und das ist jetzt mein Antragstext, im Petitionsweg an den zuständigen Landesrat, das ist der Siegfried Schrittwieser, herantritt mit dem Ersuchen, eine kritische Prüfung der Umsetzung des Modells der Sozialraumorientierung in Graz unter Einbeziehung des Jugendamtes, von Trägerorganisationen und MitarbeiterInnen des Jugendamtes Graz sowie unter Hinzuziehung der Kinder- und Jugendanwaltschaft und anderer externer Expertinnen und Experten vorzunehmen. Die Landtagsfraktionen sollten dabei die Möglichkeit erhalten, Nennungen für eine ExpertInnenrunde abzugeben.

Also ich verstehe nicht, was die Panik ist, sich mit einer Diskussion auseinanderzusetzen, ich hoffe, dass heute ein Schritt dazu gelingt und dem Antrag und der Dringlichkeit zugestimmt wird. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich weiß, Sozialraumorientierung ist schwer zu erklären, schwer nachzuvollziehen, auch das Wort Sozialraumorientierung ist schon ein bisschen sperrig und Gott sei Dank hat auch Otto Grazerin und Otto Grazer relativ wenig damit zu tun, weil die meisten Familien und Kinder in den Familien gut heranwachsen können. Dennoch gibt es die eine oder andere Familie, die Unterstützung braucht, die sich selbst um Hilfe bemüht oder wo auch das Jugendamt einschreiten muss. Und die Sozialraumorientierung ist einfach nur die Verschiebung, wie man darauf zugeht, die Verschiebung, wie man auf die Familien zugeht und wie man herausfindet, was das Beste ist. Es geht um den Willen jedes Einzelnen und ganz persönlich bin ich davon fest überzeugt, dass es besser ist, den Familien, den Kindern, den Jugendlichen die

Angel zu geben und nicht den Fisch zu präsentieren. Natürlich verbunden mit allen wichtigen Informationen, die dafür notwendig sind und das ist die Aufgabe. Aber genauso auch die Umkehr im Zugang und im Verständnis von sozialer Arbeit (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Mit Sicherheit, und da gebe ich dir Recht, liebe Astrid, ist es sicher schwierig auch für die Profis, das auch zu akzeptieren, auch nach einer längere Zeit, wo es eingeführt ist, denn Profis, und das wissen wir auch aus anderen Branchen, wissen schon besser, was die anderen eigentlich machen sollten. Aber, und davon bin ich auch fest überzeugt, es sollte kein Überstülpen von Hilfeleistungen geben, sondern es sollten maßgeschneiderte Lösungen präsentiert werden, mit den KlientInnen gemeinsam erarbeitet werden und in Richtung Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und an die Motivation appelliert werden. Was auch klar ist, die Sozialraumorientierung gibt es seit 2010 und das dauert sicher noch einige Zeit, bis es ein Umdenken geben kann. Aber, Hand aufs Herz, wem von uns geht es nicht genauso, dass wir, wenn Veränderungen dastehen, dass wir uns auch einmal zuerst einmal ein bisschen dagegenstellen. Und, liebe Grüner, auch ihr wart diejenigen, die immer mit dabei waren, wo es auch um Ausweitung der Sozialraumorientierung gegangen ist, auch in anderen Bereichen, zum Beispiel der Behindertenhilfe. Also schauen wir doch lieber gemeinsam, vielleicht auch in einem Ausschuss, wo es Verbesserungsvorschläge gibt, die konstruktiv sind, um auch die Kolleginnen und Kollegen, die täglich in der Arbeit sind, zu motivieren und erweitert zu begleiten im Interesse unserer Kinder, Jugendlichen und Familien und arbeiten wir wirklich gemeinsam daran, weil auch so manche Zahlen, die im Motivenbericht verwendet werden, vergleichen Dinge, die man so nicht vergleichen kann. Schauen wir uns gemeinsam an, was hinter der Sozialraumorientierung steckt und arbeiten wir gemeinsam daran. Daher werden wir im Übrigen der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzter Herr Stadtrat, hohes Haus, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Auf den Antragstext möchte ich jetzt ein bisschen näher eingehen, denn der Motivenbericht ist, glaube ich, jetzt einerseits zum Teil sehr richtig von Martina Kaufmann kommentiert und auch ausgeführt worden, was der Sinn der Sozialraumorientierung auch ist und zum anderen, zum Teil aus meiner Sicht, ich würde einmal sagen, manche würden das fast ein wenig populistisch nennen. Ich nenne es nicht so, ist auch nicht mein Stil, ich frage mich aber schon, Astrid, worauf zielst du ab, was ist der Sinn dieses Antrages? Geht es dir um weitere Transparenz, das ist aus meiner Sicht nicht Sinn der Sache, das ist auch nicht der richtige Zeitpunkt dafür. Die Sozialraumorientierung wurde bereits evaluiert, Auftraggeber war nicht zuletzt das Land. Jetzt einen Antrag an das Land auf dem Petitionsweg zu richten, doch die Sozialraumorientierung kritisch zu betrachten, sprich zu evaluieren, ist vollkommen sinnlos, das ist ja schon bereits passiert. Und wir hatten im Ausschuss, du hast das auch erzählt, Gelegenheit, uns diesen Evaluationsbericht auch anzuschauen, Fragen zu stellen, ihn auch aus unserer Sicht kritisch zu hinterfragen, der Bericht ist im Übrigen ausgesprochen positiv, er zeigt, dass die Sozialraumorientierung Gott sei Dank genau das erfüllt, was sie erfüllen sollte nämlich sie schafft es, wie die Martina Kaufmann richtig gesagt hat, den Betroffenen die Angel in die Hand zu geben und nicht den Fisch zu geben. Sie hilft ihnen schneller selbständig zu werden, schneller aus einem Unterstützungssystem auch wieder rauszukommen, selbständig zu werden und das zu erreichen, was wir doch alle wollen, dass die jungen Menschen eigenständige, selbstbestimmte Personen, Persönlichkeiten auch werden. Aus meiner Sicht ist die Dringlichkeit in keinsten Weise gegeben, vielleicht noch hier ein Hinweis, der bis jetzt noch nicht erwähnt worden ist, heute hat die Landesregierung beschlossen, dass aus diesem Pilotversuch Sozialraumorientierung Stadt Graz ein Regelbetrieb Sozialraumorientierung Stadt Graz wird, das heißt, jetzt das Land noch einmal zu bitten, kritisch hinzuschauen, ist einfach der vollkommen falsche Zeitpunkt und damit völlig sinnlos. Die Dringlichkeit ist daher aus unserer Sicht nicht gegeben und zum

Inhalt, wie gesagt, haben wir auch schon jetzt einiges gesprochen, dem werden wir natürlich auch nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Kollegin, liebe Astrid! Die Dringlichkeit deines Antrages, eben eine Petition an das Land, ist für uns auch nicht gegeben, da, wie schon erwähnt, die Sozialraumorientierung neu heute im Land beschlossen wurde und die Ausschreibungen schon laufen. Aber was die Sozialraumorientierung selbst betrifft, jedes System, jedes Konzept hat Vor- und Nachteile und wenn es da dann von mehreren Seiten, von Mitarbeiterseite, von Expertenseite, und nicht jeder Experte wird persönlich beteiligt sein, Kritik hagelt, dann muss es legitim sein, das Konzept nochmals von Experten anschauen zu lassen, und die Ausschussmitglieder sind nicht zwangsläufig Experten. Ich bin keine Sozialarbeiterin, ich bin keine Pädagogin, also sollte das in unseren Augen noch einmal von Experten angeschaut werden, die dann vielleicht noch Verbesserungsvorschläge bringen können. Das heißt, der Dringlichkeit können wir nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Ich möchte zu dem Antragstext gar nicht mehr viel sagen, sondern nur zu der Metapher, die hier oft verwendet wurde, nämlich die Angel in die Hand geben und nicht den Fisch. Wenn es jemandem richtig schlecht geht und er sich vor Hunger fast nicht mehr rühren kann, dann würde ich persönlich dieser Person einen Fisch geben und erst dann sagen, wenn er mehr will, dann muss er sich selber was angeln und ich möchte die sehen, die das nicht tun, anstatt jemand mit der Angel in der Hand verhungern zu lassen. Und das ist genau das, was eben von vielen Experten an diesem Modell der Sozialraumorientierung beziehungsweise an dieser

Evaluierung kritisiert wird. Natürlich ist bei dieser Präsentation der Evaluierung herausgekommen, dass ganz viele Erfolge erzielt wurden, nur die Sozialraumorientierung, so wie sie dort angeschaut wurde, betrachtet die Fälle, wo Leute aktiv um Hilfeleistung gebeten haben. Die Leute, die das aber zum Teil vielleicht auch nicht geschafft haben, das zu tun, weil sie schon eben nicht mehr die Angel greifen konnten und nicht mehr die Angel halten konnten, sondern den Fisch gebraucht hätten, die fallen eben unten durch und deswegen ist es für uns auch ein Grund, weshalb wir darum bitten, das nochmals anzuschauen (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Frau Kollegin Braunersreuther, ich habe keine Ahnung, was Sie mir sagen wollen, ich glaube, ich bin da auch nicht alleine. Was hat jetzt der Streit wegen Angel und Fisch mit der Evaluierung zu tun? Also ich habe schon das Gefühl, dass da bei diesem Thema irrsinnig viele Leute mitreden, die Zeitungsüberschriften hernehmen und dann Äpfel mit Birnen vergleichen und, liebe Astrid Polz-Watzenig, wenn ich mir deinen Antragstext anschau, dann kann ich da wirklich nicht das Bemühen um ehrliche Diskussion erkennen, es tut mir leid. Der ist, und ich sage das Wort, er ist populistisch, es sind zahlreiche Fehler drinnen, es sind Aussagen drinnen, wo du weißt, dass die nicht zutreffend sind, und jetzt noch einmal auf die vergangene Gemeinderatsperiode zurückkommend: Es ist kaum eine Gemeinderatssitzung vorbeigegangen, ohne dass nicht der Kollege Baumann einen Antrag an mich oder eine Anfrage gestellt hat, wann ich endlich die Sozialraumorientierung im Bereich der Behindertenhilfe, im Bereich der Sozialhilfe, im Bereich der Sozialarbeit machen soll, weil das das beste Modell überhaupt ist. Ich frage mich, jetzt ist sie heute leider nicht da, was eure Vorsitzende zu eurer 180-Grad-Wende sagt. Ich kann mir das überhaupt nicht erklären, ich kann mir das nur damit erklären, dass es halt jetzt politisch praktischer ist, sich da draufzustürzen. Aber ich bin eh froh, dass ihr jetzt ein Stückweit vom Populismus weggegangen seid, weil

ihr auf Landesebene gemacht habt die Presseaussendung eurer ehemaligen Klubobfrau Lechner-Sonneck, die von einem Gefälligkeitsgutachten vom Vincent Richardt gesprochen hat, das ist schön, dass ihr jetzt mittlerweile davon abseht, weil der Vincent Richardt hat wirklich überlegt, da rechtliche Schritte einzuleiten, weil das ist ja ungeheuerlich. Was den Antragstext betrifft, also wirklich, da sind Behauptungen drinnen, dass wir da einen neoliberalen Einsparungskurs fahren. Ich habe das schon mehrmals erläutert und ich glaube, es ist zwei Gemeinderatssitzungen her, wo mich der Kollege Wohlfahrt zur Sozialraumorientierung gefragt hat, wo ich ganz klar gesagt habe, ja, ich komm schon noch zur Frühförderung, wo ich ganz klar gesagt habe, ja, die Anzahl der Hilfen ist zurückgegangen, aber nicht die Anzahl der KlientInnen. Die Anzahl der Hilfen ist deswegen zurückgegangen, weil wir jeden Fall genauer anschauen und eine passgenaue Hilfe machen und es nicht mehr so wie früher machen, dass man Maßnahmen a, b, c und, damit es ganz sichergeht, Maßnahme d auch noch verordnen. Oder was die Absicherung der Trägerorganisationen betrifft, also den Trägerorganisationen geht es jetzt wesentlich besser, die haben Budgetsicherheit, die wissen, wie groß ihr Budget ist und die wissen, dass sie jeden Fall, der kommt, dass der bearbeitet werden muss und die haben nicht mehr den Druck, dass sie Klientinnen und Klienten in einer ewigen Hilfsschleife drinnen lassen müssen, damit sie ihre Dienstposten ausfinanzieren können. Und Faktum ist, das Ganze ist auch noch günstiger und die Trägerorganisationen sparen ein und verbrauchen auch das vorgesehene Budget nicht, also was soll daran schlecht sein? Wir haben in der Evaluierung gesehen, wir haben eine bessere Zielerreichung, wir schicken weniger Hilfen in die Familien hinein und wir überreichen damit, um diese Metapher zu verwenden, wesentlich mehr Angeln als früher. Das ist doch gut und positiv, bitteschön. Und zur Frühförderung, es tut mir leid, dass dieses Gespräch noch nicht stattgefunden hat. Zur Frühförderung kann ich Folgendes sagen. Seit dem neuen Gesetz, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, ist die Frühförderung jetzt auch wieder als Präventivhilfe möglich. Also das stimmt nicht, dass hier eingespart wird. Zusätzlich

hat das Jugendamt eine ziemlich große Geldschenkung bekommen, die vom Spender zweckgewidmet wurde für Jugendwohlfahrtsmaßnahmen. Dieses Geld verwenden wir für Frühförderung, also kommt nicht mit irgendwelchen Behauptungen, wir würden da einsparen oder wir würden Hilfen verweigern oder wir würden den Leuten sagen, nein, du kriegst keinen Fisch, weil du kriegst nur die Angel in die Hand, das ist wirklich irgendeine Behauptung, die überhaupt keine Grundlage hat und da bitte ich euch wirklich, kommt wieder ein bisschen auf den Boden der Realität zurück und geht weg von dem Populismus und von den Äpfel-mit-Birnen-Vergleichen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich bedanke mich für die Wortmeldung, ich bedanke mich auch bei Astrid Schleicher, die dann doch noch einmal darauf hingewiesen hat, worum es eigentlich geht, wenn das scheinbar nicht durchkommt. Also ich möchte vielleicht eines noch festhalten zu der Evaluierung, Alexandra, wenn du sagst, wie toll das evaluiert worden ist und wenn jetzt davon gesprochen wird, warum es den Kindern besser geht. Kein einziges Kind wurde befragt, keine einzige Mitarbeiterin wurde befragt, keine einzige Familie wurde befragt, es wurden die Leiterinnen befragt. Ich habe im Ausschuss gefragt, was ist die Basis gewesen, ich habe mir das angeschaut, 500 Akten, die verglichen worden sind; Akten, die verglichen worden sind mit einer Phase, wo es keine Akten gegeben hat. Zieldefinitionen, die verglichen worden sind mit einer Phase, wo die Ressourcenorientiertheit noch nicht in dieser Ausprägung da war, von wegen Äpfel mit Birnen vergleichen, das möchte ich nur einmal sagen. Ich habe dort auf der Folie projiziert gesehen, den KlientInnen geht es jetzt besser als es den KlientInnen vorher geht und daraufhin hat die Kollegin Katholnig gesagt, was regst dich auf, Hauptsache es geht den Kindern besser. Ich rege mich auf, wenn jemand den Wissenschafts... erstellt und dort schreit, den KlientInnen geht es besser als früher und keine einzige KlientIn befragt wurde, und Herr Vincent Richardt hat auf diese Frage zu mir geantwortet, naja, vielleicht ein bisschen nicht so

gescheit formuliert. Die SozialraumleiterInnen haben gesagt, dass sie glauben, dass es den KlientInnen jetzt besser geht, als es ihnen vorher ginge. Ich will die Evaluierung heute da nicht zerklauen, ich will nur darauf hinweisen, es gibt einen Leidensdruck innerhalb der MitarbeiterInnen, die wollen darüber sprechen. Gebt ihnen in irgendeiner Weise die Möglichkeit, dass es dazu kommt. Warum, liebe Alexandra, dieser Antrag an das Land? Ganz einfach, weil wenn ich diesen Antrag an die Stadt gestellt hätte, wäre er nicht zugelassen worden, aber vielleicht müsste man die Geschäftsordnung noch einmal anschauen. Zum Zweiten, ich weiß, dass das heute beschlossen worden ist, aber ich weiß auch, dass es ausgeweitet werden soll auf das ganze Land und eines muss ich auch sagen, wenn nicht die Bereitschaft ist, diesen Unfehlbarkeitsanspruch eines Herrn Hinte zu hinterfragen und die MitarbeiterInnen einzubinden und eine kritische Analyse dessen zu machen, was hier passiert, wenn plötzlich keine Zeit mehr für Beziehungsarbeit ist, dafür Stunden über Stunden, wie es der Bürgermeister auch schon einmal gesagt hat, in Sitzungen mit 15 bis 20 Trägerorganisationen abgehalten werden, dann werden wir nicht dieser Ausweitung zustimmen im Land und es gibt auch eine Verantwortung über Graz hinaus und die heißt, dass auch die anderen Bezirke, jetzt einmal Voitsberg, Bruck, Mürzzuschlag, die Sozialraumorientierung ausgeweitet werden soll, wenn das nicht überarbeitet wird, mit uns ganz sicher nicht. Wenn das nicht einbezogen wird, ganz sicher nicht. Ich bin katholische Theologin und ich kenne die Unfehlbarkeit sehr wohl, ich kenne sie vom Papst, aber dass das keine gesunde Geschichte ist, wissen wir und das Gleiche möchte ich sagen, Hinte ist nicht unfehlbar, bitte kümmert euch darum, dass dieses Konzept ankommt bei den Leuten, dann wird es nämlich lebendig und dann wird es möglich. Und auch wenn du den Baumann immer wieder zitierst, ich mag den Heinz sehr gerne und der Heinz hat dafür gekämpft, dass die Sozialraumorientierung in einem guten Modell umgesetzt wird, was ihr daraus gemacht habt, indem dass ihr mauert, blockiert, das ist einfach nur erbärmlich und traurig und ich wünsche mir, dass ich das verändert und ich hoffe, dass es hier Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus geben wir. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.